



SPD



**2011
2012
2013**



GESCHÄFTSBERICHT 2011–2013



Inhalt

Vorwort

Landesvorstand

Berichte

Arbeitsgemeinschaften und SGK

Fachbeiräte und Foren

Dokumentation



Vorwort

- 4 Vorwort

1. Landesvorstand

- 6 Bericht des Landesvorstands
- 12 Bundestagswahlkampf 2013
- 14 Wahlkreise mit Bundestagskandidatinnen und -kandidaten
- 16 Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen
- 17 Bericht des Schatzmeisters
- 19 Bericht der Landesschiedskommission
- 20 Bericht der Kontrollkommission
- 21 Interner Kassenbericht
- 22 Organisationsbericht

2. Berichte

- 25 Landtagsfraktion
- 30 Landesgruppe im Bundestag
- 31 Abgeordnete im Europaparlament

3. Arbeitsgemeinschaften und SGK

- 34 AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
- 35 ASF – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
- 37 Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD
- 39 AG 60 plus – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren
- 41 ASJ – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

- 42 ASG – Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen
- 43 AGS – Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD
- 44 Schwusos – Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD
- 46 AfB – Arbeitsgemeinschaft für Bildung
- 47 Netzwerk SelbstAktiv
- 47 SGK – Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

4. Fachbeiräte und Foren

- 50 Fachbeirat Wirtschaft
- 50 Fachbeirat Bildung und Kultus
- 50 Fachbeirat Arbeit, Gesundheit und Soziales
- 52 Fachbeirat Integration
- 53 Fachbeirat Europa
- 53 Fachbeirat Innen
- 54 Fachbeirat Justiz
- 54 Fachbeirat Verkehr
- 55 Fachbeirat Umwelt
- 56 Fachbeirat Wissenschaft
- 57 Sportbeirat
- 58 Polizeibeirat
- 59 Beirat Netzpolitik
- 59 Christinnen und Christen in der SPD
- 61 Forum Eine Welt
- 62 Projekt 150 Jahre SPD

5. Dokumentation

- 64 Mitgliederstand 2011–2013
- 66 Durchschnittsbeiträge 2011–2013
- 68 Terminkalender 2011–2013



Dr. Nils Schmid, Landesvorsitzender

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im vergangenen Jahr 2012 haben wir gemeinsam das 60-jährige Bestehen der Sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg gefeiert. Es war für mich eine große Ehre, unseren damals 97-jährigen Genossen Herbert Schiela aus Freiburg auf dem Festakt in Villingen-Schwenningen für 80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD zu ehren. Dies hat auf sehr emotionale Weise deutlich gemacht, in welcher großen Tradition wir stehen, unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ohne Nachlassen zur Entfaltung zu bringen.

Die SPD in Baden-Württemberg hat in den letzten zwei Jahren in diesem Auftrag gehandelt. Nach dem „echten Wechsel“ in 2011 haben wir gezeigt, dass wirtschaftliche Stärke und sozialer Ausgleich in unserem Land zusammengehören. Wir haben gezeigt, dass die Sozialdemokratie die Kraft des sozialen Fortschritts ist. Der vorliegende Geschäftsbericht dient dazu, dies in dem nötigen Selbstbewusstsein deutlich zu machen.

Es wird nun unsere vordringliche Aufgabe sein, uns auch in den nächsten zwei Jahren in diesem Sinne und in diesem Geist auf die zentralen Herausforderungen zu konzentrieren, um danach erfolgreich in Baden-Württemberg weiterregieren zu können. Die Europa- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr sollen dazu eine wichtige Grundlage legen.

Ich danke allen, die mich mit Rat und Tat oder durch konstruktive Kritik in meiner Arbeit als Landesvorsitzender in den letzten zwei Jahren unterstützt haben. Mein besonderer Dank für die gute Zusammenarbeit gilt dem Landesvorstand und unserer Generalsekretärin Katja Mast. Ich freue mich auch weiterhin über eine engagierte, kampfeslustige und diskussionsfreudige Partei.

Wir schaffen Zukunft!

Herzlichst,
Euer **Nils Schmid**
Landesvorsitzender

1

Landesvorstand

Bericht des Landesvorstands

Bundestagswahlkampf 2013

**Wahlkreise mit Bundestagskandidatinnen
und -kandidaten**

Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen

Bericht des Schatzmeisters

Bericht der Landesschiedskommission

Bericht der Kontrollkommission

Kassenbericht

Organisationsbericht

Bericht des Landesvorstands

Landesparteitag gibt Kurs für Vernetzung Partei – Abgeordnete – Regierung vor

Der Landesparteitag am 14. und 15. Oktober 2011 stand im Zeichen der Neuwahl des Landesvorstands und der Verabschiedung des ersten Arbeitsprogramms als Regierungspartei. Nils Schmid wurde mit einem tollen Ergebnis von 89 Prozent als Landesvorsitzender im Amt bestätigt. Katja Mast wurde als zweite Frau als Generalsekretärin der baden-württembergischen SPD gewählt, nach mehreren Monaten, in denen das Amt nicht besetzt war, da ihr Vorgänger Peter Friedrich Minister in der Landesregierung wurde. Zur besseren Vernetzung von Landespartei, Regierung, Landtagsfraktion sowie Bundestags- und Europaabgeordneten wurde die Bildung von Fachbeiräten beim Landesvorstand beschlossen, welche sich thematisch an den Arbeitskreisen der Landtagsfraktion orientieren und unsere politischen Initiativen sowohl in die Landespartei hineinragen als auch zu einer besseren Vernetzung und Abstimmung mit den gesellschaftlichen Gruppen im Land beitragen sollen. Als zentrales Thema für das Jahr 2012 wurde eine Kampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ beschlossen. Außerdem bildete der Landesparteitag den Start für die Kampagne des SPD-Landesverbandes zur Volksabstimmung über das Ausstiegsgesetz zu „Stuttgart 21“ unter dem Motto: „Stimm ab! Schaff Klarheit!“



Volksabstimmung über S21 – Unsere Idee zeigt Wirkung

Nils Schmid, und mit ihm die SPD sowie die SPD-Landtagsfraktion, hatte im Herbst 2010 eine Volksabstimmung über Stuttgart 21 als einzigen Weg zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung über dieses Projekt ins Spiel gebracht. Von fast allen Seiten waren wir dafür verlacht oder als entscheidungs-schwach kritisiert worden. Im Koalitionsvertrag war die Volksabstimmung noch im

Jahr 2011 festgehalten worden. Die Bürger Baden-Württembergs sollten demokratisch über das Projekt entscheiden. Am 27. November 2011 fand nach intensivem Argumentationsaustausch der Befürworter und Gegner von Stuttgart 21, auch innerhalb der SPD, die Volksabstimmung über das sogenannte „Ausstiegsgesetz“ statt. Die Beteiligung an der Abstimmung lag mit 49 Prozent auf einem unerwartet hohen Niveau. 59 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für die Fortsetzung des Projekts Stuttgart 21 aus, ein eindeutiges Votum, welches die erhoffte Klarheit schuf und für die von uns stets als Ziel genannte Befriedung der Gesellschaft sorgte. Wir hatten den Weg zur Lösung dieses gesellschaftlichen Konflikts aufgezeigt, ihn gegen viele Widerstände durchgesetzt und waren deshalb stolz über das klare und deutliche Ergebnis.

Kommunikationsoffensive 2012 – Gutes tun und darüber sprechen

Das Jahr 2012 begann mit dem traditionellen Spitzentreffen der Landespartei am 14. und 15. Januar 2012 in Bad Boll. Im Vordergrund standen dabei die Umsetzung der Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ sowie die Verbesserung unserer Kommunikation innerhalb der Partei, aber auch nach außen. Die ersten Erfahrungen aus der neuen Rolle als Regierungspartei im Land flossen in die Konzepte ein. Als Ergebnis der Beratungen beschloss der Landesvorstand, zu wichtigen politischen Themen Argumentationskarten zu erstellen sowie mit einer neuen Form des Newsletters Mitglieder und Funktionäre zu informieren. Unter Nutzung der CI-Richtlinie der Bundespartei wurde ein eigenständiges Corporate Design der Landes-SPD verabredet, welches auch in der Symbolik unseren Willen zur Gestaltung in Baden-



Gute Wirtschaft, soziales Baden-Württemberg“, Claus Schmiedel



Erstes Jahr Grün-Rot 2012, Nils Schmid und Winfried Kretschmann



Festakt 60 Jahre SPD Baden-Württemberg, Ehrung Herbert Schiela

Württemberg unterstreichen soll. Die erste Umsetzung des neuen Kommunikationskonzepts fand in der Jahreskampagne statt.

Ein Jahr Grün-Rot im Ländle – Bürgerdialog und Bürgerkonvent

Am 9. Mai 2012, genau ein Jahr nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags, führte die SPD gemeinsam mit Bündnis 90 / Die Grünen einen Bürgerkonvent im Stuttgarter Haus der Architekten, dem Ort der Koalitionsverhandlungen, durch. Alle Ministerinnen und Minister der Landesregierung standen Rede und Antwort. Im Vorfeld konnten die Bürgerinnen und Bürger über Internetforen Fragen stellen, im direkten Kontakt mit den Kreisverbänden von SPD und Grünen Probleme schildern und sich zur Teilnahme am Bürgerkonvent bewerben. Die jeweils 43 Kreisverbände beider Parteien wählten dann je eine Person für die Veranstaltung aus. Aber auch alle anderen gestellten Fragen wurden beantwortet. Der Konvent wurde live ins Netz übertragen, die Fragen und Antworten zu allen Themen online durch beide Parteien ins Netz gestellt. Nach einem Jahr Politikwechsel wollten wir wissen, was gut und was schlecht gelaufen ist und was wir noch besser machen können. Die professionell moderierte Diskussion fand nach Themenblöcken geordnet statt, wobei die Bürgerinnen und Bürger entscheiden konnten, welche Blöcke ihnen wichtiger sind als andere. Damit wurden alle Fragen nach ihrer Rangfolge behandelt und es zeigte sich, dass „Gute Arbeit und wirtschaftliche Stärke“ sowie „Soziale Gerechtigkeit im Land“ deutlich wichtiger waren als beispielsweise „Stuttgart 21“.

Und wie es sich für einen Geburtstag gehört, auch wenn es der einjährige ist, gab es am Ende eine grün-rote Geburtstagstorte.

60 Jahre SPD Baden-Württemberg – Festakt am 23. Juni 2012

Einen Höhepunkt des Jahres 2012 bildete der zentrale Festakt der Landes-SPD zu 60 Jahren Sozialdemokratische Partei in Baden-Württemberg am 23. Juni 2012 in Villingen-Schwenningen. Die Doppelstadt, ein Teil badisch, der andere württembergisch, war dabei bewusst gewählt. Gernot Erler, Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Landesverband, hielt den Festvortrag; spannende und unterhaltsame Zeitzeugengespräche und Talkrunden folgten. Besonders beeindruckend waren dabei die Erzählungen des 97-jährigen Genossen Herbert Schiela aus Freiburg, der vom Landesvorsitzenden Nils Schmid anschließend für 80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt wurde. Das war gelebter Geschichtsunterricht, der allen Anwesenden vor Augen führte, welche große Geschichte und Tradition die SPD hat und dass es sich heute wie gestern lohnt, für unsere Werte und Ideale zu kämpfen.

Kampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“

Vom 14. Juni bis 29. September 2012 rollte dann die gut vorbereitete Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ durchs Land. In dezentralen Praxistagen im Juni, zwei Aktionswochen im Juli und September, in insgesamt über 50 Veranstaltungen und Terminen im ganzen Land stellten die Funktions- und Mandatsträger der SPD ihre Kompetenz beim Thema Wirtschaft auch ganz praktisch unter Beweis. Ziel der Kampagne war es zu verdeutlichen, dass die SPD in Baden-Württemberg für die Verbindung von Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit steht. Wir gehen dahin, wo die Menschen mit ihren Problemen sind, und wir richten unsere Politik an der Lösung dieser

Probleme aus. Wir sprechen mit den verschiedenen Akteuren über „Gute Wirtschaft“. Wir hören zu und entwickeln unsere Konzepte gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Darüber hinaus sollte die Kampagne als Test für uns selbst dienen. Wie schlägt sich die neue Regierungsverantwortung in unserer medialen Wahrnehmung nieder? Schaffen wir es, eine so breite Kampagne mit vielen verschiedenen Akteuren wirklich an die Basis zu bringen? Das Ergebnis hat uns in unserem Optimismus recht gegeben. In 35 von 43 Kreisverbänden konnten wir die Kampagne verankern und Aktionen auf die Beine stellen. Die lokalen Medien berichteten ausführlich, das zentrale Kampagnenmaterial fand gute Verwendung. Allerdings durften wir auch als Ergebnis mitnehmen, dass nach 58 Jahren CDU-Regierung es gerade der Wirtschaft noch schwerfällt, mit der SPD als zentraler politischer Kraft zusammenzuarbeiten. Aber da wir vorhaben, die Geschicke des Landes Baden-Württemberg noch lange aus der Regierung zu führen, werden wir das ändern.

Ein weiteres Ergebnis der Kampagne war der Leitantrag zum Thema „Gute Wirtschaft“, der ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Baden-Württemberg enthält. Der Antrag wurde für die Landespartei unter Federführung des Fachbeirats Wirtschaft erarbeitet und dann vom Landesparteitag am 29. September 2012 mit breiter Mehrheit beschlossen.

Landesparteitag mit Ausblick auf das Wahljahr 2013

Der eintägige Landesparteitag im September 2012 hatte das Thema „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ zwar als zentralen Schwerpunkt, widmete sich aber noch weiteren politischen Weichenstellungen. Nach intensiver und teilweise emotionaler Debatte beschloss der Parteitag eine Statutenänderung zur Einführung des sogenannten „Reißverschlusses“, also der geschlechterparitätischen Besetzung, auch bei der Aufstellung der SPD-Listen zur Kommunalwahl in Baden-Württemberg. Dieser Beschluss manifestierte auch die Herausforderung, möglichst gleich viele Frauen und Männer für eine Kandidatur auf den Listen der SPD zu gewinnen. Diesem Anspruch stellen wir uns.

Außerdem verabschiedete der Landesverband ein Papier zur sozialdemokratischen Rentenpolitik, welches auch in die Beratungen zum Parteikonvent einfluss. Eine weitere landespolitische Debatte fand bei der Beratung des Antrags zum „Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen“ statt. Auch diese in den Gliederungen der SPD teilweise sehr intensiv geführte Diskussion hatte ein deutliches Ergebnis. Mit großer Mehrheit sprach sich der Landesparteitag dafür aus, auch weiterhin keine Alkoholkonsumverbote zu ermöglichen. Dieses Parteitagsvotum wurde dann im Frühjahr 2013 durch ein Mitgliederbegehren, welches nicht die erforderliche Mehrheit fand, gestützt.

Darüber hinaus leitete der Landesparteitag ein Jahr vor der Bundestagswahl auch den Vorwahlkampf in Baden-Württemberg ein. Nach über einem Jahr grün-roter Landesregierung konnten wir deutlich machen, dass es Rot-Grün auch endlich wieder im Bund braucht für eine Politik des Gehörtwerdens und der ökonomischen und sozialen Gerechtigkeit.



Landesparteitag Wiesloch, 2012



Landesparteitag 2013 Heilbronn, Spitzentandem Eler und Mast

Bei der Kreisvorsitzendenkonferenz am 10. November 2012 mit Andrea Nahles und Stephan Schweitzer wurde bereits lebhaft über die Kampagnen und Politikplanung für 2013 diskutiert. Das Wahljahr kann kommen, die SPD in Baden-Württemberg ist bereit. Gemeinsam schaffen wir den echten Wechsel auch im Bund.

Bundestagswahljahr 2013 – Das WIR entscheidet

Traditionell begann das Jahr mit dem **Spitzentreffen der SPD Baden-Württemberg** im Haus der Architekten in Stuttgart. Zu Gast war Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, mit dem über „Gutes Regieren – Sozialdemokratische Großstadtpolitik“ diskutiert wurde. Hauptthemen des Treffens waren Storyline und Schwerpunkte der SPD-Politik im Land sowie die Vorbereitung der Bundestagswahl im September 2013.

Ein weiterer Traditionstermin fand mit dem **Politischen Aschermittwoch in Ludwigsburg** statt. Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende sowie Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, war Hauptrednerin und begeisterte die rund 500 Gäste mit ihrem Plädoyer für mehr soziale Gerechtigkeit. Sie betonte wie auch Nils Schmid und Claus Schmiedel die Bedeutung gleicher Bildungschancen. Alle Rednerinnen und Redner riefen zu einem engagierten Wahlkampf auf, um wie in Baden-Württemberg auch im Bund einen echten Wechsel zu erreichen.

Am 2. März 2013 fanden in **Heilbronn der Landesparteitag** und die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl statt. Erstmals wird die Landespartei nun von einem Spitzentandem, bestehend aus Gernot Erler, MdB aus Freiburg, mit dem einzigen Direktmandat für die SPD, und Katja Mast, Generalsekretärin der Landes-SPD, in den Wahlkampf geführt. Inhaltlich beschloss der Landesparteitag einen umfangreichen Antrag für ein vereintes und soziales Europa und machte mit Resolutionen zu Mindestlohn und Bildungsthemen nochmals die Unterschiede zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb im Bund deutlich. Gastredner auf unserem Parteitag war Thorsten Albig, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, der uns gar nicht nordisch kühl, sondern mit einer feurigen Rede auf den Bundestagswahlkampf einstimmte.



Spitzentreffen 2013 mit Olaf Scholz

Auf die Mobilisierung kommt es an!

Ziel der Wahlkampf- und Mobilisierungskonferenz am 27. April in Filderstadt war es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer argumentationsfest zu machen und ihnen praktisches Rüstzeug für den Wahlkampf vor Ort mitzugeben. Gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Land, den Bundestagskandidatinnen und -kandidaten sowie ihren Wahlkampfteams wurden inhaltliche und organisatorische Weichen für den Wahlkampf gestellt. Die Anwesenden kamen in zwölf Themenworkshops zusammen. In diesen gaben die Referentinnen und Referenten (Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Landesvorstandsmitglieder, Aktive aus Ortsvereinen) einen direkten Einblick in ihre Schwerpunktthemen und ihre Arbeit vor Ort. Das Angebot ging von „Europa“, „Finanzen“, „Integration“ und „Arbeitsmarkt“ bis hin zum Thema „Pflege“. Nach kurzen Impulsreferaten wurde in kleinen Gruppen engagiert diskutiert und es wurden neue Ideen und Konzepte entwickelt. Die Stimmung in den einzelnen Gruppen war hoch motiviert und konzentriert. Höhepunkt der Konferenz war der Besuch von **Peer Steinbrück**. 148 Tage später stünde Deutschland vor einer Richtungs-wahl, erklärte der Kanzlerkandidat vor über 400 begeisterten Genossinnen und Genossen in der FILharmonie. Man müsse den Rückenwind vom Parteitag in Augsburg nutzen, betonte er. In seiner Rede forderte er eine Gesellschaft, in der sich Arbeit lohnen muss, die jedem gleiche Bildungschancen bietet und sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellt. „Ihr müsst an den Türen klingeln“, rief Steinbrück auf.



Mobilisierungstour mit Andrea Nahles

Ebenfalls zur Unterstützung der aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer kam Andrea Nahles zu einem Wahlkampfmeeting am 7. Juni nach Stuttgart. Bei diesem stand die Generalsekretärin für Fragen rund um den Wahlkampf zur Verfügung und betonte die Bedeutung des Tür-zu-Tür-Wahlkampfes.

Politisch aktiv im Kampf gegen Rechts

Der Landesvorstand unterstützte zudem die von der SPD im Kreis Ludwigsburg ins Leben gerufene „Menschenkette gegen Rechts“, die am 6. Juli von Bietigheim-Bissingen nach Heilbronn stattfand. In seiner Resolution dazu heißt es: „Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns Sozialdemokraten eine stete Aufgabe, der wir uns gestern, heute und morgen verpflichtet fühlen.“ Mit der Menschenkette ging es darum, ein deutliches Zeichen zu setzen: für den Respekt für andere, für Demokratie, Toleranz und Akzeptanz. Die breite Unterstützung der Menschenkette war auch eine Reaktion auf die Erkenntnisse aus der Mordserie der NSU. Unverständlich bleibt daher auch die ablehnende Haltung der CDU zur Menschenkette. Den Kampf gegen Rechtsextremismus müssen alle Demokraten gemeinsam führen.

150 Jahre SPD – 150 Jahre Kampf für Fortschritt und Gerechtigkeit

Ein zentraler Bestandteil der Jahresarbeit des Landesverbandes Baden-Württemberg war ebenfalls das große **Parteijubiläum „150 Jahre SPD“**. Filmvorführungen in über 40 Gliederungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und verschiedene andere Veranstaltungen zur Geschichte der SPD auf allen Ebenen der Partei trugen das Jubiläum in die Fläche. Seitens des Landesverbandes wurden dazu eine Musterrede für die Gliederungen und die hervorragend recherchierte **Publikation „Avantgarde und Volkspartei – Die**



SPD-Deutschlandfest im August 2013

Sozialdemokratie im deutschen Südwesten von ihren Anfängen bis heute“ erarbeitet. Die spannende Geschichte der SPD und ihrer Vorläufer im Südwesten haben dazu einzelne Mitglieder der Historischen Kommission der SPD Baden-Württemberg in einem reich bebilderten und spannend zu lesenden Abriss von rund 100 Seiten Umfang nachgezeichnet. Es galt dabei, „unsere aktuellen politischen Programme und Ziele immer auch in Beziehung zu setzen zu dem, wofür Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor uns gekämpft haben und wofür sie nicht selten große Risiken und Gefahren eingegangen sind. Das Wissen um diese Kontinuität“ – so SPD-Landeschef Nils Schmid im Vorwort zu dem Band – gibt unserem Einsatz zusätzliche Legitimation und uns selbst zusätzliche Kraft.“

Zentraler Höhepunkt des Parteijubiläums war dann das große **Deutschlandfest am 17. und 18. August 2013**. Über 750 Genossinnen und Genossen aus Baden-Württemberg fuhren zu diesem Fest nach Berlin, 560 davon in einem eigens durch den SPD-Reiseservice organisierten Sonderzug. Das Programm des Festes war dabei eine Mischung aus Jubiläumsfeier mit Konzerten, bunten Aktionen und Kinderfest, politischer Bildungsreise mit Stadtrundfahrten und -rundgängen, Diskussionsveranstaltungen und Lesungen sowie einer Großkundgebung zum deutlichen Beweis des Gestaltungswillens der SPD im Jahr der Bundestagswahl. Die umjubelte Rede unseres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück wird dabei vielen in Erinnerung bleiben. Das Fest war ein großer Erfolg und half, den Zusammenhalt der SPD zu stärken und sich aufs Neue zu vergewissern, dass die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen, auch nach 150 Jahren nichts an Aktualität verloren haben.

Umsetzung des Arbeitsprogramms 2011–2013

Gemäß seinem Arbeitsprogramm sollte der Landesvorstand als inhaltliches Gremium gestärkt werden. Als ReferentInnen konnten neben Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dem neu gewählten Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup alle sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister des Landeskabinetts gewonnen werden. Diese berichteten von aktuellen sowie längerfristigen politischen Planungen ihrer Häuser und standen für Diskussionen zur Verfügung.

Das Arbeitsprogramm sah weiterhin die Gründung von **Fachbeiräten** als Schnittmenge zwischen Regierung, Fraktion und Partei vor. Zehn Fachbeiräte (Finanzen/Wirtschaft; Innen; Justiz; Arbeit, Gesundheit, Soziales; Bildung; Integration; Europa; Umwelt; Verkehr; Wissenschaft) sowie zwei Projektgruppen (AG Rentenversicherung; Kommission Wahlrecht) wurden eingesetzt, um die Zusammenarbeit dieser drei wichtigen Gruppen zu erleichtern. Ihre Aufgaben bestehen vor allem in der Vernetzung interessierter Genossinnen und Genossen, der Erarbeitung abgestimmter Positionen für die Gremien der Landespartei, die Bundes- und Kreisebene sowie in der Weitergabe gebündelter Informationen aus Regierung und Landtagsfraktion in die Partei. Inhaltlich tragen alle Fachbeiräte zur Umsetzung des Arbeitsprogramms bei. Die Leitung besteht jeweils aus Mitgliedern des Landesvorstands und der Landtagsfraktion.

Zwei inhaltliche Schwerpunkte gab das Arbeitsprogramm dem neuen Landesvorstand: Erstes Leitthema war Wirtschaftspolitik: Hierzu wurde 2012 eine Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ durchgeführt, an der sich Mitglieder auf allen Ebenen im ganzen Land beteiligten. Mit dieser dialogorientierten Wirtschaftspolitik wollte die Landespartei vor allem deutlich machen, dass die SPD Wirtschaftspolitik nicht einfach abstrakt diskutiert, sondern anhand konkreter Beispiele argumentiert und handelt. Neben Praktikumstagen gab es Aktionswochen, an denen sich auch die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder beteiligten. Die Kampagne mündete in den wirtschaftspolitischen Leitantrag für den Landesparteitag im September 2012.

Als zweiten Schwerpunkt hatte der Landesparteitag den Bereich Bildung festgelegt. Nach erfolgreichem Abschluss der Kampagne „Gute Wirtschaft“ wurde der Jahresschwerpunkt Bildung und Betreuung als das zentrale landespolitische Thema 2013 gesetzt.

In Vorbereitung der Kommunalwahl im Mai 2014 wurde vom Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der ASF, den Jusos, der SGK und dem Fachbeirat Integration ein politisches **Nachwuchsförderprogramm** aufgelegt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen mit unseren Listen das politische Ziel, möglichst vielfältige Biografien abzubilden. Besonders Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund sind in unseren Kommunalparlamenten noch zu wenig vertreten. Verstärkt in diesen Gruppen wollen wir uns daher um Kandidatinnen und Kandidaten bemühen und diesen eine Fördermöglichkeit anbieten. Im Rahmen eines „Mentoring- Programms“ bietet der Landesverband aktive Unterstützung bei der Betreuung und Förderung von Nachwuchskräften. Eine spezielle Homepage zum Erfahrungsaustausch und zur Mentorenvermittlung wurde eingerichtet. Nach den Bundestagswahlen werden wir diese Anstrengungen im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014 nochmals verstärken.

Im Juli und nach der Sommerpause begann der Landesvorstand dann, den Blick schon über die Bundestagswahl hinaus zu richten. Der **Leitantrag zum Landesparteitag** mit dem Titel „Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung“ zum Thema berufliche Bildung und das **Arbeitsprogramm für die Arbeitsperiode 2014/2015** wurden vorbereitet und als Entwurf beschlossen.



Menschenkette gegen Rechts, 2013



Der Kanzlerkandidat zur Bundestagswahl 2013, Peer Steinbrück

Bundestagswahlkampf 2013

Bundestagswahlkampf 2013 – Großer Einsatz bis zum Schluss

Die Ausgangsbasis für die Bundestagswahlen nach dem Regierungs- und Politikwechsel im Land war gut. Die gesamte Landespartei ging mit großem Selbstvertrauen und dem Willen, das schlechte Ergebnis von 2009 vergessen zu machen, in die Wahlkampagne. Kritisch, aber nach vorn orientiert wurden bei der Kreisvorsitzendenkonferenz 2012 und der Mobilisierungskonferenz 2013 die Kampagne diskutiert, Ideen ausgetauscht und Material- und Aktionsvorschläge beraten. Sehr engagiert beteiligten sich die Gliederungen der Landespartei und die Kandidatinnen und Kandidaten auch am Bürgerdialog auf Bundesebene und an den Arbeiten zum Regierungsprogramm. In allen Wahlkreisen wurden Campaigner- und Helferteams gebildet, die sich gut miteinander vernetzten und durch Schulungsangebote auch von der Landespartei unterstützt wurden.

Ein zentraler Baustein des Bundestagswahlkampfes war der Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Auch in Baden-Württemberg waren alle 38 Kan-

didatinnen und Kandidaten im Frühjahr und Sommer 2013 von Haus zu Haus unterwegs, um mit den Menschen auf Augenhöhe zu sprechen, ihnen unsere Ideen und Lösungskonzepte für die Probleme des Landes darzustellen und sie zur Wahl zu bewegen.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Wahlkampagne im Land war die Tour unserer Landesministerinnen und Landesminister, des Spitzentandems und des Landtagsfraktionsvorsitzenden. Alle Ministerinnen und Minister sowie der Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel waren auf vielen Veranstaltungen und Terminen in den Sommerwochen unterwegs, gaben Interviews und warben für die SPD. Der Landesvorsitzende Nils Schmid war in allen 38 Wahlkreisen vor Ort und unterstützte die Kandidierenden bei ihrem Wahlkampf. Besonderen Einsatz brachte das Spitzentandem, bestehend aus Gernot Erler und Katja Mast. Sie waren in allen Wahlkreisen präsent und gaben mit Interviews, bei öffentlichen Podiumsveranstaltungen und in Rundfunk und Fernsehen der landesweiten Wahlkampagne der SPD ein Gesicht.

Die heiße Wahlkampfphase begann mit dem 21. August. An diesem Tag stellten Katja Mast, Gernot Erler und Nils Schmid unsere Themen und Ideen im Bundestagswahlkampf der Landespresse vor. Um die Notwendigkeit eines



Tür-zu-Tür-Wahlkampf mit Thorsten Majer



Die SPD läutet die heiße Wahlkampfphase ein. Mit Katja Mast, Gernot Erler und Nils Schmid

Politikwechsels auch im Bund zu unterstreichen, hatte der Landesverband eine Musterrede und eine Argumentationskarte zu „10 Gründe, warum Schwarz-Gelb dem Land schadet“ vorbereitet. Außerdem wurde ein eigenes Plakatmotiv für den Internetwahlkampf vorgestellt, welches auch bildlich verdeutlichte, dass bei Schwarz-Gelb nur heiße Luft zu erwarten ist, während wir „PS“ haben. Am 26. August begann dann die Strecke der Großveranstaltungen im Land. Der Wahlkampfauftakt mit unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück und 3.000 Menschen in Esslingen brachte bei allen gute Stimmung und das Gefühl, dass die Wahlen, trotz aller Vorhersagen in der Presse, noch nicht gelaufen waren. Keine lange Rede, sondern Klartext – das kam an bei den Menschen.

Auch die Veranstaltungen mit Sigmar Gabriel in Freiburg und Klaus Wowereit in Heidelberg mit jeweils einigen Hundert Zuhörern und die Kundgebungen mit unserem Kanzlerkandidaten in Wiesloch, Schwäbisch-Gmünd und Ulm waren erfolgreich und stimmungsvoll. Bei allen im Wahlkampf stehenden Genossinnen und Genossen war zu spüren, dass diese Ereignisse sie zusätzlich motivierten. Das TV-Duell zwischen Frau Merkel und Peer Steinbrück am 01. September wurde ebenfalls von vielen Gliederungen genutzt und mit einer Public-Viewing-Veranstaltung zum Wahlkampfevent gemacht. Auch hier war die Stimmung, gerade wegen der klaren Punkte für „Klartext-Peer“, durchgehend positiv. Jetzt war die Partei im Aufholmodus.

In allen 38 Wahlkreisen des Landes wurde ein intensiver, guter und ideenreicher Wahlkampf geführt. Dieser war allerdings stärker getragen von den Wahlkampfteams der Kandidaten und weniger von den Ortsvereinen. Auch die sehr aktiven 60+ Teams brachten sich hervorragend in den Wahlkampf ein. Herausgehoben werden soll an dieser Stelle auch der eigenständige Jugendwahlkampf der Jusos, die mit einer Bustour und vielen Straßen- und Standaktionen massiv zur Präsenz unseres Wahlkampfes im Land beigetragen haben. Mit vielen Aktionen im ganzen Land war die SPD verstärkt nochmals in der Schlussmobilisierung, den letzten 72 Stunden vor Schließung der Wahllokale, aktiv – großer Einsatz bis zum Schluss.

Nach all den Anstrengungen und der gerade in der Schlussphase des Wahlkampfes auch Hoffnung machenden Gesamtstimmung brachte dann das Ergebnis am 22. September

abends doch einige Ernüchterung. Wir hatten zugelegt um 1,3 Prozent und mehr als 100.000 Wählerinnen und Wähler mehr als 2009 für uns gewinnen können. Aber unser Wahlziel, wieder deutlich stärker im Land zu werden und den Politikwechsel im Bund zu schaffen, hatten wir verfehlt. Mit Freiburg ging auch das letzte Direktmandat an die CDU, welche alle Wahlkreise mit Erststimmenmehrheit gewinnen konnte. 20 Abgeordnete ziehen aufgrund des neuen Wahlrechts für die baden-württembergische SPD in den Bundestag ein, fünf mehr als bisher. Dies kann und muss uns politisch in der Fläche stärken. Für uns ist das Wahlergebnis Auftrag, weiter hart zu arbeiten und die Menschen von unseren Konzepten für eine gerechte Gesellschaft in Baden-Württemberg und im Bund zu überzeugen. Wir kämpfen weiter.



Bundestagswahlkampf 2013; Gernot Erler, Stella Kirgiane-Efremidis und Hilde Mattheis



Peer Steinbrück mit den Bundestagskandidaten auf der Klartext-Tour in Esslingen

WAHLKREISE MIT BUNDESTAGSKANDIDATINNEN UND -KANDIDATEN

WAHLKREISNUMMER	WAHLKREIS	KANDIDATINNEN/ KANDIDATEN
258	Stuttgart I	Ute Vogt
259	Stuttgart II	Nicolas Schäfstoß
260	Böblingen	Joachim Rücker
261	Esslingen	Michael Wechsler
262	Nürtingen	Rainer Arnold
263	Göppingen	Heike Baehrens
264	Waiblingen	Alexander Bauer
265	Ludwigsburg	Macit Karaahmetoglu
266	Neckar-Zaber	Thorsten Majer
267	Heilbronn	Josip Juratovic
268	Hohenlohe-Schwäbisch Hall	Annette Sawade
269	Backnang-Schwäbisch Gmünd	Christian Lange
270	Aalen-Heidenheim	Claudia Sünder
271	Karlsruhe-Stadt	Parsa Ahmadi-Marvi
272	Karlsruhe-Land	Vanessa Rieß
273	Rastatt	Gabriele Katzmarek
274	Heidelberg-Weinheim	Lothar Binding
275	Mannheim	Stefan Rebmann
276	Odenwald-Tauber	Dr. Dorothee Schlegel
277	Rhein-Neckar	Dr. Lars Castellucci
278	Bruchsal-Schwetzingen	Daniel Born
279	Pforzheim	Katja Mast

Wahlkreise mit Bundestagskandidatinnen und -kandidaten

WAHLKREISNUMMER	WAHLKREIS	KANDIDATINNEN/ KANDIDATEN
280	Calw	Saskia Esken
281	Freiburg	Gernot Erler
282	Lörrach-Müllheim	Thomas Mengel
283	Emmendingen-Lahr	Dr. Johannes Fechner
284	Offenburg	Elvira Drobinski-Weiß
285	Rottweil-Tuttlingen	Ergun Can
286	Schwarzwald-Baar	Jens Ulrich Löw
287	Konstanz	Tobias Volz
288	Waldshut	Rita Schwarzelühr-Sutter
289	Reutlingen	Rebecca Hummel
290	Tübingen	Martin Rosemann
291	Ulm	Hilde Mattheis
292	Biberach	Martin Gerster
293	Bodensee	Jochen Jehle
294	Ravensburg	Hannes Munzinger
295	Sigmaringen-Zollernalb	Stella Kirgiane-Efremidis

Bundestagsabgeordnete
Bundestagskandidaten



Frank Mentrup im Sommer 2012 in Karlsruhe-Rüppurr

Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen: Der Erfolg ist möglich

Der Sieg von Frank Mentrup bei der Oberbürgermeisterwahl in Karlsruhe im Dezember 2012 bedeutete für die CDU im Land nach der Landtagswahl Niederlage einen erneuten historischen Einschnitt. Seither ist unter den Oberbürgermeister/innen der neun baden-württembergischen Großstädte kein CDU-Mitglied mehr zu finden. Mit Frank Mentrup



Wahlplakat für die Oberbürgermeisterwahl

sowie Peter Kurz in Mannheim, Ivo Gönner in Ulm und Gert Hager in Pforzheim sind vier der neun Großstadt-OBs Sozialdemokraten. Die Reutlinger Oberbürgermeisterin Barbara Bosch ist Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion und vertritt diese in der Regionalversammlung Neckar-Alb.

Dass die Zahl der Bewerber/innen bei (Ober-)Bürgermeisterwahlen zu gering ist, ist bekannt. Dass Sozialdemokrat(inn)en weniger Siegeschancen haben, ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil zeigt die Analyse einer Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die bei (Ober-)Bürgermeisterwahlen im Zeitraum von über einem Jahr angetretenen SPD-Mitglieder überdurchschnittlich erfolgreich waren: Bei den von ihr seit März 2011 analysierten Wahlen waren fünf Prozent der Kandidierenden, aber neun Prozent der Sieger/innen SPD-Mitglieder.

Der Frauenanteil unter den sozialdemokratischen (Ober-)Bürgermeister/innen ist leider noch geringer als der an der Gesamtzahl aller Amtsinhaber/innen in Baden-Württemberg. Im ganzen Land werden rund 4 Prozent der über 1000 hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeisterposten von Frauen besetzt, ihr Anteil an den direkt gewählten sozialdemokratischen (Ober-)Bürgermeister/innen beträgt derzeit nur noch rund 1,5 Prozent. Nicht nur hier ist noch viel zu tun.

Erich Holzwarth

Ansprechpartner für diesen Bereich
(Kontakt: Erich.Holzwarth@spd.de)

Bericht des Schatzmeisters

Die Arbeit des Landesverbandes war in den Jahren 2011 bis 2013 im Finanzbereich wesentlich durch die Landtagswahl 2011 geprägt. Durch eine konsequent sparsame Haushaltsführung und die Fortsetzung der Strukturreform 2011 konnten die gesteckten Ziele erreicht und Rücklagen für die Landtagswahl gebildet werden. Der anhaltende Mitglieder-rückgang und die Verluste bzw. das Stagnieren bei den Wahlen schränken jedoch den finanziellen Spielraum immer wieder stark ein.

Rückläufige Mitgliederentwicklung

Seit Jahren ist die Mitgliederentwicklung der SPD rückläufig. Auch der Landesverband Baden-Württemberg macht da keine Ausnahme. So sank die Zahl der Mitglieder von 37.663 Ende 2011 auf 36.271 Ende August 2013. Folgen dieser Entwicklung sind eine stetige Verschlechterung der Finanzkraft und der Organisationsfähigkeit der Partei. Gleichzeitig wächst der Bedarf an hauptamtlicher und professioneller Unterstützung in den Wahlkämpfen, aber auch im Hinblick auf die „normale“ Verwaltung der Parteiarbeit.

Verluste bei Parteienfinanzierung

Bereits durch die Landtagswahl 2006 hatten sich die Einnahmen aus der Parteienfinanzierung stark verringert, durch die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl wurde die Lage auch für die Landespartei zusätzlich verschärft, da weniger Ausgleichsmittel von der Bundespartei und Beiträge der Bundestagsabgeordneten zur Verfügung stehen. Die Landtagswahl von 2011 brachte für die Landespartei aufgrund des schlechten Wahlergebnisses fast keine finanziellen Veränderungen mit sich.

Zehn Jahre Organisationsentwicklung

Vor zehn Jahren hatte der Landesverband einschneidende Beschlüsse zur Haushaltsstruktur gefasst, mit denen die laufenden Personal- und Geschäftskosten den veränderten Mitgliedszahlen angepasst werden sollten. Gleichzeitig hatte der Landesvorstand große Anstrengungen unternommen, um die Organisationsstruktur effektiver und effizienter zu gestalten. Im Oktober 2005 hatten Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz mit großen Mehrheiten das „Organisations-

konzept 2011“ verabschiedet. Mit diesem Konzept sollte die finanziell gebotene Konzentration unserer hauptamtlichen Organisation in Angriff genommen werden und andererseits eine effektive und effiziente Betreuung in der Fläche gewährleistet werden. Die Umsetzung durch die Gründung von Regionalzentren konnte 2011 abgeschlossen werden. Nur durch diese Anstrengungen konnte die Landespartei im Landtagswahlkampf 2011 handlungsfähig bleiben.

Sparsame Haushaltsführung

Der Landesverband hat im Berichtszeitraum seinen konsequenten Kurs der sparsamen Haushaltsführung fortgesetzt. Die Beschäftigten haben mit einem moderaten Tarifvertrag ihren Beitrag zur Konsolidierung der Landespartei geleistet. Gleichzeitig haben wir Ausgaben für Beiräte, Kommissionen, Fachtagungen, Veranstaltungen und Materialausgaben begrenzt, ohne die Arbeitsfähigkeit der SPD zu gefährden.

Beitragserhöhung

Zur Verbesserung der Finanzsituation unternimmt der Landesvorstand große Anstrengungen, um die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu erhöhen. In regelmäßigen Abständen wurden einzelne Mitgliedergruppen zur einkommensgerechten Beitragserhöhung (Stichwort Beitragsehrlichkeit) aufgefordert. Ergänzend erfolgte eine Anpassung bzw. Überprüfung der Beiträge und Abgaben von Mandatsträgern und -trägerinnen sowie politischen Amtsträgern. Durch diese verschiedenen Maßnahmen gelang es, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen trotz Mitgliederverlusten sogar leicht zu steigern. Der Durchschnittsbeitrag aufs Land bezogen liegt im August 2013 bei 9,96 Euro, das sind 36 Cent mehr als im letzten Jahr. Spitzenreiter ist z. Zt. der KV Schwäbisch Hall mit einem Durchschnittsbeitrag von 13,34 Euro. Der niedrigste Durchschnittsbeitrag wird im KV Neckar-Odenwald mit 7,17 Euro gezahlt. Im KV Mannheim verringerte sich der Durchschnittsbeitrag um 12 Cent im Vergleich zum letzten Jahr (ausführliche Statistik siehe hinten unter der Rubrik Dokumentation).

Landtagswahlkämpfe 2011 und 2016

Nachdem der Landtagswahlkampf im Wesentlichen durch Rücklagen finanziert werden konnte, kann bei einer sparsamen Haushaltsführung wieder eine Rückstellung für den kom-

menden Wahlkampf 2016 aufgebaut werden. Diese Rückstellung wird allerdings nach der mittelfristigen Finanzplanung nicht mehr die Höhe der vergangenen Jahre erreichen, sodass für den Wahlkampf 2016 erheblich weniger Mittel zur Verfügung stehen werden.

Kreisverbände und Ortsvereine

Die Situation der Ortsvereine und Kreisverbände im Landesverband hat sich in den vergangenen Jahren im Wesentlichen zufriedenstellend entwickelt.

Wir haben Ortsvereine mit einem sehr unterschiedlichen Reinvermögen. Die Ortsvereine im Rhein-Neckar-Kreis kamen Ende 2012 zusammen auf fast 450.000 Euro und die Ortsvereine in den Kreisen Karlsruhe-Land und Esslingen jeweils auf über 300.000 Euro. Es gibt aber auch Kreisverbände, deren Ortsvereine weniger als 30.000 Euro Vermögen aufweisen. Schlusslichter sind hier die Ortsvereine im Kreis Sigmaringen mit 20.000 Euro, im Hohelohe Kreis mit 23.000 Euro und im Kreis Freudenstadt mit 27.000 Euro.

Auch die Reinvermögen der Kreisverbände selbst gehen weit auseinander: Die Mannheimer konnten Ende 2012 über 260.000 Euro verbuchen, gefolgt von Karlsruhe-Stadt mit fast 200.000 Euro und Stuttgart mit über 160.000 Euro. Allerdings gibt es auch Kreisverbände mit sehr wenig Reinvermögen. Das sind in Sigmaringen 8.000 Euro, in Main-Tauber knapp 9.000 Euro sowie in Schwarzwald-Baar 10.000 Euro.

Im Zuge der Strukturreform des Landesverbandes Baden-Württemberg haben der Landesparteitag sowie die Kreisvorsitzendenkonferenz die Finanzausstattung der Kreisverbände neu geregelt. Zur Sicherheit der Arbeitsfähigkeit der Kreisverbände wurde eine finanzielle Mindestausstattung eingeführt, die jeder Kreisverband erhält (sogenanntes Kreisbudget). Den Kreisverbänden verbleibt nach der Beitragsverteilung durch den PV einheitlich ein Beitragsanteil von neun Prozent vom Beitrag jedes Mitglieds. Ein Prozent des Beitrags fließt in eine Umlage beim Landesverband. Aus dieser Umlage wird ein Aufstockungsbetrag für finanzschwache Kreisverbände zur Erreichung eines Mindestbetrages an Beitragseinnahmen finanziert. Der verbleibende Restbetrag aus der Umlage fließt in einen Fonds. Die Richtlinien des Fonds und die Verwaltung des Fonds werden im Wesentlichen von der Kreisvorsitzendenkonferenz festgelegt bzw. bestimmt.

Demografischer Wandel und Mitgliederpartei

Wir werden in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um als Mitgliederpartei auch weiterhin finanziell und organisatorisch handlungsfähig zu bleiben.

Durch den demographischen Wandel drohen unserer Partei in den nächsten Jahren dramatische Veränderungen. Selbst wenn es uns gelingt, den Mitgliederrückgang in den nächsten Jahren aufzuhalten und durch eine profilierte und attraktive Politik wieder mehr Bürgerinnen und Bürger zu einer Mitarbeit in der SPD zu bewegen, werden wir mit den Auswirkungen einer Überalterung der Partei umgehen müssen. Das bedeutet veränderte Mobilisierungsformen in Wahlkämpfen, aber auch im Parteialltag. Schon heute ist das in einem verringerten und kurzfristigeren Engagement bei der klassischen Parteiarbeit (Plakatieren, Verteilen, Teilnahme an Versammlungen, Übernahme von Vorstandsaufgaben etc.) zu erkennen.

Auf die hauptamtliche Organisation unserer Partei kommen damit schwierige Aufgaben zu. Manches, aber nicht alles, was bisher ehrenamtlich geleistet wurde, müssen wir durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auffangen. Eine schlagkräftig und effizient arbeitende hauptamtliche Organisation ist die Voraussetzung der Mitgliederpartei SPD. Daran müssen wir arbeiten. Das wird aber nicht ausreichen.

Wir müssen auch die Strukturen und die Art und Weise unserer Parteiarbeit verändern, wenn wir als Mitgliederpartei erfolgreich bleiben wollen. Schon immer galt, dass nur Mitglieder, die erkennen können, dass sich ihre Meinung und ihre Beteiligung an der Diskussion auch in der Politik der Partei niederschlagen, bereit sein werden, sich zu engagieren. Hinzu kommt, dass sich die Verpflichtung, sich aus weltanschaulichen Gründen in der SPD dauerhaft mit hohem Einsatz zu engagieren, verändert hat. Politik muss heute Spaß machen und sich auch für den Einzelnen lohnen. Dem entspricht die Praxis unserer Partei aber nicht immer. Auch daran müssen wir arbeiten.

Karl-Ulrich Tempel
Schatzmeister

Landesschieds- kommission

Während des Berichtszeitraums hat die Landesschiedskommission kein Verfahren durchgeführt.

Ende Januar 2013 hatte ein Ortsverein ein Parteiausschlussverfahren gegen ein Mitglied direkt bei der Landesschiedskommission beantragt, da sein Kreisverband es versäumt hatte, eine Kreisschiedskommission zu bilden, die nach den Statuten erstinstanzlich für solche Verfahren zuständig ist. Nachdem der Kreisverband dann auf Drängen des Landesgeschäftsführers endlich Mitte Juli 2013 wieder eine Kreisschiedskommission gewählt hatte, konnte die Landesschiedskommission Ende Juli dieses Verfahren an diese zuständige Instanz abgeben. Dieses keines-

wegs singuläre Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, dass die Kreisverbände ihrer in den Statuten der SPD festgelegten Verpflichtung nachkommen, regelmäßig eine Kreisschiedskommission zu wählen. Nur so kann die im vorliegenden Fall eingetretene Verzögerung vermieden werden.

Norbert Schröder-Klings

Vorsitzender

28. August 2013



Mobilisierungskonferenz in Filderstadt 2013, Workshop Finanzen mit Karl-Ulrich Tempel

Kontrollkommission

Die Kontrollkommission hat sich seit dem letzten ordentlichen Parteitag vom Oktober 2011 zu sechs Sitzungen getroffen und drei Telefonkonferenzen durchgeführt. Die für Finanzen zuständige stellvertretende Landesgeschäftsführerin war immer anwesend. An den Sitzungen nahm in der Regel auch der Schatzmeister und bei Bedarf der Landesgeschäftsführer teil.

Haushalt und Finanzen

Der Haushalt 2011 war geprägt durch die Landtagswahl. Der Abschluss der Landtagswahl mit 2,485 Mio. Euro brachte Mehrausgaben von 174.000 Euro. Hier schlug die Kampagne Stuttgart 21 zu Buche. Die Personalkosten wurden durch zusätzliches Personal im Landtagswahlkampf überschritten. Davon abgesehen wurde die Planung für die Einnahmen- und Ausgabenseite eingehalten.

Der Haushalt 2012 wurde der Kontrollkommission rechtzeitig zur Kenntnis gebracht und der vorläufige Abschluss 2012 beraten. Hier wirkten sich die Beitragserhöhung und das Projekt Beitragserhöhung positiv auf die Finanzen aus.

Die Mitgliedsbeiträge sind trotz eines Mitgliederrückgangs (-2,5 Prozent in 2012) gestiegen. Hier hat sich die Initiative Beitragserhöhung mit einem Betrag von 3.700 Euro p. m. ausgewirkt. Die Beitragsrückstände konnten von 100.000 Euro im Jahr 2011 auf 36.000 Euro in 2012 stark reduziert werden. Immer wieder auf der Tagesordnung der Kontrollkommission waren die Sonderbeiträge der Mandatsträger/innen, die regelmäßig beglichen wurden. Die Zahlungskultur der Abgaben von Ministerialdirektoren hingegen ist noch verbesserungsbedürftig.

Die sparsame Haushaltsführung hat zu einem positiven Ergebnis des Haushalts 2012 geführt, obwohl die Mittel aus dem Strukturfonds des PV um 50.000 Euro gekürzt wurden. Für 2012 wurden 100.000 Euro zur Unterstützung von Oberbürgermeister/innen- und Bürgermeister/innen-Wahlen in den Haushalt eingestellt. Diese Mittel wurden zu 60 Prozent abgerufen (Richtlinien für die Zuschüsse vom 2. Februar 2007).

Die Planungen zum Haushalt 2013 sowie auch der Finanzetat zur Bundestagswahl wurden fristgerecht vorgelegt. Von 38 Wahlkreisen in Baden-Württemberg haben seit 2009 nur 12 Wahlkreise SPD-Abgeordnete. Die Gesamtausgaben von 351.000 Euro wurden schlüssig dargestellt. Davon fließen 144.000 Euro in strukturschwache Wahlkreise und Wahlkreise ohne Abgeordnete.

Mittelfristige Finanzplanungen 2011 bis 2013 sowie 2013 bis 2017 wurden vorgelegt und durch den Schatzmeister erläutert.

SPARSAME HAUSHALTSFÜHRUNG FÜHRT ZU POSITIVEM ERGEBNIS

Revision

Ihrem Auftrag zu begleitender Revision der ordnungsgemäßen Buchführung wurde die Kontrollkommission durch Stichproben gerecht. Sie bescheinigt eine ordnungsgemäße Abwicklung der Buchführung und der Personal- und Finanzbuchhaltung.

Seit 2011 arbeitet der Landesverband mit der Office Consult GmbH zusammen. Bereiche der Buchhaltung wurden nach dort ausgelagert und auch die Spendenerfassung zur Landtagswahl wurde dort abgewickelt.

Die Abläufe und Prozesse der Landesgeschäftsstelle und der Regionalzentren werden im Auftrag des Landesverbandes von Office Consult überprüft. Eine Bewertung liegt im Herbst 2013 vor.

Die Kontrollkommission schlägt dem Parteitag die Entlastung des Landesvorstands im Finanzbereich vor.

Mitglieder der Kontrollkommission:

Karin Rehbock-Zureich, Vorsitzende

Rudolf Bindig

Ursula Glock (Rücktritt aus privaten Gründen im September 2012)

Hans-Jürgen Gottwald

Doris Schmettkordt

INTERNER KASSENBERICHT 2011/2012^{*)}

EINNAHMEN	EURO	EURO
Mitgliedsbeiträge	2.411.801,44	2.465.799,22
Mandatsträgerbeiträge u. Ä.	193.870,25	243.183,50
Spenden v. nat. Personen	77.965,95	6.171,15
Spenden v. jur. Personen	80.040,00	50.000,00
Einn. a. Untern.Tätigk. u. Beteilig.	0,00	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	4.530,58	5.569,73
Einn. aus Veranstaltungen	683,81	6.482,69
Einn. aus Druckschriften	16.275,13	8.653,15
Einn. aus sonst. Tätigkeit	10.282,88	8.941,87
Staatliche Mittel	1.506.963,64	1.436.533,00
Sonstige Einnahmen	8.928,84	1.741,32
Zuschüsse v. Gliederungen	10,00	60.000,00
Gesamteinnahmen	4.311.352,52	4.293.075,63
AUSGABEN	EURO	EURO
Personalausgaben	2.692.018,79	2.365.740,35
Sachausgaben		
Lfd. Geschäftsbetrieb	653.397,66	631.688,78
Allgem. pol. Arbeit	442.241,78	304.847,92
Europawahl	0,00	0,00
Bundestagswahl	0,00	0,00
Landtagswahl	1.446.475,21	0,00
Kommunalwahl	4.495,65	59.883,20
Vermögensverw. einschl. Zinsen	0,00	0,00
Sonstige Zinsen	56.675,84	88,75
Sonstige Ausgaben	2.963,74	660,31
Betriebsrente (Verzinsung RST)	0,00	47.815,19
Zuschüsse an Gliederungen	48.981,11	29.775,00
Gesamtausgaben	5.347.249,78	3.440.499,50
Minder-/Mehreinnahmen 2011/2012	-1.035.897,26	852.576,13
Einnahmen insgesamt	4.311.352,52	4.293.075,63
Ausgaben insgesamt	5.347.249,78	3.440.499,50
Haushaltssaldo	-1.035.897,26	852.576,13

*) ohne Einnahmen und Ausgaben der Jusos

Organisations- bericht

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung der baden-württembergischen SPD war in den vergangenen beiden Jahren geprägt von politischer Stabilität nach den Landtagswahlen 2011 und den bundesweiten Wahlerfolgen der SPD in 2012 und 2013. Im Gesamtergebnis bleibt die Zahl der Mitglieder aber weiterhin leicht rückläufig, auch wenn es uns seit 2008 ungebrochen gelingt, die Zahl der Austritte zu verringern und durch Neueintritte vollständig zu kompensieren.

Im Zuge des Parteijubiläums 2013 und der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes unternahmen viele Gliederungen auch Aktivitäten zur Gewinnung von Neumitgliedern im politischen Umfeld. Besonders im Bundestagswahlkampf gab es einige Aktionen zu verzeichnen, speziell in Kreisen, in denen die SPD traditionell nicht so stark ist, wie im nördlichen Schwarzwald. Hilfreich war dabei, dass es 2013 gelang, Mittel aus dem bundesweiten Innovationsfonds für Projekte zur Mitgliedermobilisierung und zur Steigerung unserer politischen Anziehungskraft auf mit der SPD sympathisierende Menschen auch nach Baden-Württemberg zu holen. Zum Jahreswechsel 2014 werden wir die verschiedenen Projekte auswerten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse auch für den Kommunal- und Europawahlkampf 2014 und damit verbundene Mitgliederkampagnen nutzbar machen.

Es bleibt aber ein nicht unerhebliches Problem der SPD auch in Baden-Württemberg, dass der Altersdurchschnitt unserer Mitglieder immer weiter steigt. Begegnet werden kann

dieser negativen Entwicklung durch verstärkte und systematische Bemühungen, neue Mitglieder zu werben und bisherige zu halten. Dieses Ansinnen hat der Landesvorstand als einen zentralen Schwerpunkt seiner Arbeit auch im Entwurf des Arbeitsprogramms 2014/2015 verankert. Zur Untermauerung und inhaltlichen Vorbereitung regionaler Mitgliederwerbemaßnahmen stehen über die Regionalzentren Präsentationen und Vorlagen zur Planung auf Ortsvereins- und Kreisebene bereit. Praxisbeispiele für gelungene Aktionen und Kampagnenelemente wurden im Internet und über den Newsletter veröffentlicht sowie bei verschiedenen Sitzungen des Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden erläutert. Auch das in einem ersten Schritt auf die Kommunalwahl 2014 ausgerichtete Nachwuchsförderprogramm der SPD Baden-Württemberg soll langfristig dem Ziel der Mitgliedergewinnung und der Stärkung unserer politischen Basis dienen.

Eine positive Mitgliederentwicklung kann nur erzielt werden, wenn das Thema auf allen Ebenen der Partei mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandelt und verfolgt wird. Durch Geradlinigkeit, interessante Aktionen und eine offensive und ehrliche Darstellung der SPD in der Öffentlichkeit gelingt Mitgliederwerbung, wie Beispiele zeigen, auch in vermeintlich schwierigen politischen Zeiten. Eine besondere Bedeutung beim Werben und Halten unserer Mitglieder kommt sicher den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf den unterschiedlichen Ebenen zu. Auch hier gilt es noch einiges zu tun und zu verbessern, sind es doch vor allem die Mandatsträger, welche durch ihre Darstellung in der Öffentlichkeit das Bild der Partei ausmachen und Menschen zum Beitritt motivieren können.

Im Berichtszeitraum wurde das neue Mitgliederverwaltungssystem MAVIS 2 in allen Büroeinheiten des Landesverbandes eingeführt.



Kreisvorsitzendenkonferenz 2012 mit Stephan Schweitzer

Dieses System soll es auf mittlere Sicht ermöglichen, unsere Mitgliederverwaltung zu optimieren und auch die Einbindung von Unterstützern, Sympathisanten und Organisationen in die Arbeit der SPD und ihre Kampagnen zu verbessern. Hier gibt es aber bei der zentralen Steuerung und Umsetzung durch den Parteivorstand noch einiges zu tun.

Organisationentwicklung

Entsprechend den Beschlüssen und Verabredungen zum Strukturkonzept „SPD 2011“ wurden die letzten Bausteine der 2004 begonnen Organisationsreform umgesetzt. Das Regionalzentrum Freiburg bezog neue Räumlichkeiten in direkter Nachbarschaft der Abgeordnetenbüros, sodass sich nun auch in Freiburg, wie vorher bereits in Stuttgart, Biberach, Heilbronn, Heidelberg und Pforzheim, die SPD als politische Einheit dem Bürger präsentieren kann. Im Jahr 2012 wurde die Geschäftsstelle in Tuttlingen aufgelöst und deren Arbeit im Regionalzentrum Südbaden eingegliedert. Der gemeinsam mit den Gliederungen vereinbarte Prozess und verschiedene Maßnahmen zur organisatorischen Unterstützung sorgten dafür, dass auch diese Büroschließung ohne Betreuungsverlust für die Gliederungen erfolgen konnte. Wenn im Jahr 2014 die jetzige Geschäftsstelle Pforzheim dann endgültig in das Regionalzentrum in Karlsruhe integriert sein wird, ist der Prozess der Zusammenlegung der Büroeinheiten im Land mit deutlich verbesserter personeller Ausstattung abgeschlossen. Weitestgehend beendet ist darüber hinaus die Angleichung der technischen Ausstattung aller RZ. Hier soll ein einheitlicher Dienstleistungsstandard für alle Gliederungen Einzug halten. Mit gezielten Investitionen in Kampagnenausrüstung, EDV und Druck sowie im Medienbereich werden wir die Kampagnenfähigkeit der Regionalzentren als zentraler Organisationseinheit des Landesverbandes weiter stärken. Wichtige Schritte dazu wurden im Zusammenhang des Bundestagswahlkampfes unternommen.

Im Berichtszeitraum wurden ebenfalls alle hauptamtlichen Organisationseinheiten der SPD Baden-Württemberg auf das neue Buchhaltungsprogramm Navision umgestellt. Dies wird uns ein verbessertes Controlling und eine effizientere Steuerung unserer Finanzen ermöglichen und dient damit als weiterer Baustein zu einer Steigerung unserer Kampagnenfähigkeit.

Im Ergebnis der Arbeit der vergangenen zwei Jahre und im Lichte der Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ sowie des aktuellen Bundestagswahlkampfes wird es in Zukunft noch stärker darauf ankommen, ein verbessertes Zusammenwirken der Mandatsträger und Fraktionen mit den Gliederungen der Partei und den Regionalzentren zu etablieren. Die geringer gewordene Präsenz klassischer Parteibüros in der Fläche des Landes richtet den Blick der Basis und der Öffentlichkeit verstärkt auf die Mandatsträger aus Bund, Land, Europa und Kommunen. Hier werden wir unsere Anstrengungen verstärken müssen, an die Abgeordnetenbüros angelehnte Bürgerbüros und -zentren für die örtlichen Gliederungen zu bilden. Die Präsenz der SPD in Baden-Württemberg kann und wird auch in absehbarer Zukunft nicht mehr durch den Landesverband allein hergestellt werden. Alle Gliederungsebenen und Funktionsträger sind hier gemeinsam gefordert.

Marten Jennerjahn
Landesgeschäftsführer



Mobilisierungskonferenz 2013 in Filderstadt, Workshop Europa



Gruppenarbeit im Workshop
„Wahlkampf erfolgreich führen – inklusive Mitgliedergewinnung“

2

Berichte

Landtagsfraktion

Landesgruppe im Bundestag

Abgeordnete im Europaparlament



Blick von der Zuhörertribüne auf die SPD-Landtagsfraktion.

Seit Sommer 2013 wird der Landtag umgebaut, 2015 erstrahlt er dann in neuem Glanz.

Landtagsfraktion

Aus der Landtagswahl 2011 ging die SPD-Landtagsfraktion als drittstärkste Kraft, knapp hinter den Grünen, hervor. In den grün-roten Koalitionsverhandlungen war es der SPD-Seite wichtig, zentrale Ressorts zu besetzen: Finanzen und Wirtschaft, Bildung, Soziales, Innen, Justiz, Integration und Europa. Und nachdem durch die Volksabstimmung der Konflikt um S21 befriedet und die SPD-Haltung für das Projekt voll bestätigt wurde, ist die Koalition auf einem guten Weg, viele uns wichtige Vorhaben umzusetzen.

Finanzen: Schwierige Finanzlage angehen, mehr Steuergerechtigkeit schaffen

Die Landtagsfraktion mit ihren 35 Abgeordneten und Claus Schmiedel an der Spitze war von Anfang an treibende Kraft hinter vielen Projekten der grün-roten Landesregierung. Geprägt ist die Arbeit von einer schwierigen Finanzlage, die die alte Regierung aus CDU und FDP dem Land hinterlassen hat. Der Kassensturz im Sommer 2011 hat die tatsächliche Finanzsituation des Landes offenbart und die vorhandenen Erblasten und Versäumnisse der früheren Landesregierung aufgedeckt. Nach knapp sechs Jahrzehnten CDU-geführter Regierung steht das Land vor einem gewaltigen Schuldenberg von 43 Mrd. Euro, der Jahr für Jahr hohe Zinszahlungen erforderlich macht und dadurch den politischen Handlungsspielraum empfindlich einschränkt. Hinzu kommt eine strukturelle Finanzierungslücke in Höhe von rd. 2,5 Mrd. Euro. Das zentrale finanzpolitische Ziel ist daher die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse ab 2020.

Mit der Absage an neue Schulden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 hat unser Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid den richtigen Weg eingeschlagen. Gleichzeitig ist es

gelingen, in wichtige Zukunftsfelder wie Kinderbetreuung, Infrastruktur und Energiewende zu investieren. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 wurde die nachhaltige und seriöse Haushaltspolitik mit einer wohlüberlegten Mischung aus Konsolidierung, Sanierung und Investieren fortgesetzt. Das strukturelle Defizit konnte dabei um 860 Mio. Euro verringert werden. Der kürzlich vorgelegte Finanzplan 2020 weist für die Jahre bis 2020 auf Gesamtplanebene einen realistischen und gangbaren Abbaupfad aus, der jedoch weitere schmerzhaft strukturelle Einsparungen erforderlich macht. Bereits mit dem 2. Nachtragshaushalt 2013/2014 sollen im Herbst weitere Konsolidierungsschritte angegangen werden.

Die erforderliche Haushaltssanierung kann jedoch nur mit einem funktionierenden und dabei auch gerechten Steuersystem gelingen. Nur mit ausreichenden Einnahmen kann der Staat seinen vielfältigen Aufgaben gerecht werden und zugleich die Herausforderung durch die Schuldenbremse meistern. Steuergerechtigkeit und stabile Einnahmen setzen eine angemessene Personalausstattung der Steuerverwaltung voraus. Daher werden im Laufe der Legislaturperiode schrittweise für die Finanzämter zusätzliche 500 Stellen – vor allem für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung – und weitere 500 Anwärterstellen geschaffen. Mehr Steuergerechtigkeit bedeutet aber auch, dass Steuerbetrug nicht mehr als Kavaliersdelikt angesehen, sondern stattdessen konsequent bekämpft wird. Die Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz und die finanzielle Beteiligung beim Ankauf sog. Steuer-CDs sowie deren Nutzung sind ein klares Bekenntnis gegen Steuerhinterziehung. Im Kampf für mehr Steuergerechtigkeit wurden zudem Bundesratsinitiativen ergriffen, um Steuerschlupflöcher zu schließen und die Frist für die strafrechtliche Verfolgung von allen Fällen von Steuerhinterziehung auf zehn Jahre zu verlängern.

Bildung: Neue Chancen eröffnet, Schulsystem weiterentwickelt

Die Bildungspolitik hat in den vergangenen zwei Jahren einen Schwerpunkt der Fraktionsarbeit gebildet. Entgegen dem öffentlichen Zerrbild, das einzelne Interessenvertretungen gerne zeichnen, wurden zentrale Beschlüsse für ein bildungsgerechteres und zukunftsorientiertes Bildungssystem umgesetzt. In Summe umfassen diese Beschlüsse Ausgaben in einer Größenordnung von rund 1 Mrd. Euro in den kommenden Jahren.

Bis zu Beginn des Schuljahres 2013/14 wurde keine einzige Lehrerstelle abgebaut. Dies bedeutet, dass die demografische Rendite von rechnerisch 3.300 Stellen vollumfänglich erhalten wurde. Des Weiteren wurden 711 Stellen, die von der alten Regierung nicht durchfinanziert wurden, weiterfinanziert. Weiterhin wurde die Krankheitsreserve landesweit gegenüber 2011 um 400 Vertretungsstellen erhöht, weitere 200 folgen zum Schuljahr 2014/15. Den Gymnasien wurde eine zusätzliche Poolstunde zur individuellen Förderung in den Klassen 5 und 6 zur Verfügung gestellt. Ebenfalls erhalten Realschulen erstmalig jährlich 1,5 Poolstunden pro Zug zusätzlich. Berufliche Schulen verzeichnen 2012/13 im Bereich der Unterrichtsversorgung einen Höchststand. Dies ist darauf zurückzuführen, dass alleine 2012 insgesamt über 4.550 neue Lehrer eingestellt wurden.

Mit der Gemeinschaftsschule wurde ein zukunftsgerichteter integrativer Schultyp auf den Weg gebracht, der bereits in den ersten beiden Jahren einen großen Zuspruch erfährt, da er sämtliche Herausforderungen einer modernen Pädagogik aufgreift und zugleich kleineren Städten und Gemeinden die Chance auf ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot ermöglicht.

Ebenso wurde mit großer Unterstützung der Eltern die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft sowie an 44 Modellschulstandorten die Möglichkeit zu einem Abitur in neun Jahren geschaffen – wenn es nur nach der SPD ginge, wäre da noch mehr geschehen. Darüber hinaus hat die SPD-Landtagsfraktion zuletzt einen Schulversuch angeregt, in dem Türkisch als anerkannte dritte Fremdsprache auch am Gymnasium unterrichtet werden kann. Dies wird im Rahmen eines Schulversuchs an zwei bis vier Gymnasien ab dem Schuljahr 2014/15 umgesetzt.

Den bislang prekär beschäftigten Pädagogischen Assistenten hat die Landesregierung eine unbefristete Übernahme ermöglicht und die Bezahlung deutlich angehoben. Ferner unterstützt die Landesregierung die Schulen in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen durch den Ausbau von Schulsozialarbeit mit einem jährlichen Volumen von rund 15 Mio. Euro. Weitere Beschlüsse umfassen den massiven Ausbau der Kinderbetreuung sowie die schrittweise Anhebung der Privatschulfinanzierung auf 80 Prozent des Bruttokostenmodells. Sowohl der Pakt mit den Kommunen im Bereich der frühkindlichen Bildung, der diese mit über 300 Mio. Euro mehr unterstützt, als auch der Schulerchluss in der Regionalen Schulentwicklung zeigen, dass Grün-Rot einen veränderten Politikstil eingeleitet hat.

Wirtschaft: Wohnungsbau fördern, duale Ausbildung stärken, Lohndumping bekämpfen

Die SPD-Landtagsfraktion macht den Wohnungsbau im Südwesten flotter. Für die Förderung preisgünstiger Mietwohnungen stehen heute 130 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als 2011. Die anderen Förderprogramme über die L-Bank werden so gut nachgefragt wie noch nie. Mit einem Plus von 25 Prozent (6.000 Wohnungen) war der Zuwachs beim Wohnungsbau im vergangenen Jahr so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Außerdem will die SPD-Landtagsfraktion die Mieter besser vor Mietspekulanten schützen. Gegen Leerstände und gegen die Umwandlung von Wohnungen in Büroflächen können die Städte nach der Wiedereinführung des Zweckentfremdungsverbots besser vorgehen als heute. Mieterhöhungen im Bestand werden stärker begrenzt als das heute noch der Fall ist.

Die SPD-Landtagsfraktion macht sich stark für die duale Ausbildung: mit über 3.000 Azubis als Ausbildungsbotschaftern an den Schulen, mit Sommerkollegs für die Schüler, die Probleme bei der Ausbildungsplatzsuche haben, mit einer gesonderten Unterstützung kleiner Unternehmen bei Bildungspartnerschaften mit Schulen in ihrer Umgebung. Die Mittel dafür wurden im Landeshaushalt eingestellt.

Zudem bekämpft Grün-Rot Lohndumping und belohnt die Unternehmen, die nach Tarif bezahlen. Mit dem neuen Landestariftreue- und Mindestlohngesetz werden öffentliche

Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif oder wenigstens den Mindestlohn bezahlen. Davon profitieren zum Beispiel Busfahrer, die im öffentlichen Nahverkehr arbeiten.

Soziales: Armut bekämpfen, für gute und sichere Arbeit sorgen

Gegenüber der letzten Legislaturperiode wurden die Fördermittel für die Krankenhäuser im Land um 35 Prozent erhöht, damit der Investitionsstau abgebaut werden kann. Mit einem eigenen Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ sollen Langzeitarbeitslose und andere auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Bekämpfung von Armut wurde zu einem Schwerpunkt der Fraktionsarbeit bestimmt und mit entsprechenden Haushaltsbeschlüssen unterlegt. Dazu wurde auch eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung in unserem Bundesland eingeführt. Auf der Bundesebene setzt sich das Land für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und die Bekämpfung der Entgeltungleichheit von Frauen und Männern ein. Die Mitfinanzierung von Schulsozialarbeit wurde durchgesetzt. Neue Wohnformen bei Pflegebedürftigkeit und Behinderung mit mehr Selbstbestimmung als bisher werden auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Wissenschaft: Studiengebühren abgeschafft, verfasste Studierendenschaft wiedereingeführt

Auch in der Wissenschaftspolitik hat die SPD-Landtagsfraktion Wort gehalten: Zum Sommersemester 2012 wurden die Studiengebühren abgeschafft. Der Gebührenaufschlag wird den Hochschulen durch Landesmittel ausgeglichen. Die Verfasste Studierendenschaft wurde wiedereingeführt, die den Studierenden eine organisierte Mitbestimmung mit politischem Mandat und eigener Finanzhoheit gibt. Es ist ein Aufwuchs von 22.500 neuen Studienanfängerplätzen zu verzeichnen. Zudem wurde ein Master-Ausbauprogramm aufgelegt, das die Bereitstellung von 6.300 neuen Plätzen bis 2016 vorsieht. Um die Kriterien „Guter Arbeit“ auch an den Hochschulen umzusetzen, wurden seit 2012 rund 1.300 neue Stellen zur Ablösung befristeter Arbeitsverhältnisse geschaffen.



SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel im Schulterschluss mit Gewerkschaften.

Mit der Einrichtung des Innovationsfonds Kunst im Jahr 2012 wurde ein Aspekt der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ umgesetzt. Die drei Förderlinien interkulturelle Kulturarbeit, kulturelle Bildung und innovative Kunstprojekte unterstützen Kulturschaffende und Kunsteinrichtungen bei der Umsetzung innovativer und spartenübergreifender Projekte.

Integration fördern

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland ein eigenständiges Ministerium für Integration geschaffen. Die hier lebenden Migranten sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg unverzichtbar. Der „Runde Tisch Islam“ wurde 2011 gegründet, um islamfeindliche Haltungen abzubauen und das gegenseitige Verständnis zwischen den Kulturen zu fördern. Eine neue Willkommenskultur auf kommunaler Ebene soll die Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Dazu gehören auch Erleichterungen bei der Einbürgerung. Der diskriminierende „Gesprächsleitfaden“ wurde abgeschafft, Baden-Württemberg hat im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Hinnahme der Mehrstaatigkeit und Abschaffung der Optionsregelung eingebracht. Das Landesenerkennungsgesetz soll die Anerkennung ausländischer Abschlüsse für rund 260 Berufe erleichtern und so gleichzeitig den Fachkräftemangel etwa bei Ingenieuren oder Erziehern abbauen helfen. Die Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes soll u.a. erhebliche Verbesserungen bei der räumlichen Unterbringung von Flüchtlingen bringen. Die Residenzpflicht für Asylbewerber wurde gelockert, um humanere Lebensbedingungen zu schaffen und die Ausländerbehörden zu entlasten.

Verkehr: Straßen und Nahverkehr ausbauen

Im Zeitraum 2013 bis 2019 werden insgesamt rund 450 Mio. Euro gesichert, mit denen das Land GVFG-Projekte kofinanziert, u.a. S-Bahn Rhein-Neckar, Breisgau S-Bahn, S-Bahn nach Neuhausen auf den Fildern, die europäische Stadtbahnverbindung von Kehl nach Straßburg, Stadtbahnen in Heilbronn, Freiburg und Ulm sowie zu Messe/Flughafen in Stuttgart. Die Mittel für den Erhalt von Landesstraßen wurden von 50 auf 100 Mio. Euro (abzüglich Mittel für von Schwarz-Gelb begonnene, aber nicht finanzierte Projekte) erhöht; damit ist der jahrelange Substanzverlust gestoppt. Grün-Rot treibt die Ausschreibung von SPNV-Leistungen im Land voran, damit möglichst schnell die Qualität (Wagenmaterial, Pünktlichkeit usw.) des Bahnangebots verbessert wird, bei gleichzeitig stabilen und transparenten Kosten für das Land. Die Mittel für Investitionen in den Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fußgänger) wurden erhöht. Der Radwegbau hat endlich einen eigenen Haushaltstitel erhalten und ist damit unabhängig vom Straßenbau.

Innenpolitik: Wahlalter abgesenkt, mehr Frauen in die Kommunalparlamente

Im Bereich Innenpolitik wurden zwei wichtige Gesetze verabschiedet: das Polizeistrukturreformgesetz und das Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften. Die Polizeistrukturreform sorgt für mehr Polizeipräsenz in der Fläche und dafür, dass



Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion 2013

die Polizei für die Herausforderungen der Zukunft und neue Kriminalitätsfelder gut aufgestellt ist. Ferner wurde der Einstieg in die Zweigeteilte Laufbahn geschaffen. Im Bereich des Kommunalwahlrechts wurde das aktive Wahlalter auf 16 Jahre festgesetzt. Zudem wurde eine Sollregelung in Bezug auf die paritätische Besetzung von Listen in das Gesetz aufgenommen, welche mehr Frauen in die Kommunalparlamente bringen soll.

Nationalpark soll eingerichtet werden

Nach umfassender Bürgerbeteiligung wird Baden-Württemberg zum Jahreswechsel 2013/14 einen Nationalpark im Schwarzwald einrichten, um in diesem naturnahen Gebiet ein Stück Natur sich selbst zu überlassen und damit der internationalen Verpflichtung zum Arten- und Naturschutz nachzukommen sowie den Tourismus zu fördern. Auch der Naturschutz insgesamt wurde deutlich verstärkt, mit nunmehr 48 Mio. Euro jährlich (statt 30 Mio. Euro).

Umwelt und Energie: Energiewende voranbringen, Hochwasserschutz verbessern

Die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Energiewende wurden verdoppelt, damit Forschungsförderung für Speichertechnologie möglich ist und genügend Mittel für Pilotprojekte im Bereich Energieeffizienz und Nutzung Erneuerbarer Energien vorhanden sind. Die Bremsklötze für den Ausbau der Windenergie im Land wurden gelöst, sodass zurzeit im ganzen Land intensiv Standorte identifiziert und ausgewiesen werden und konkrete Planungen von neuen Windrädern laufen. Ab 2014 wird dementsprechend ein deutlicher Zubau zu erwarten sein, der bis 2020 auf etwa 1.000 zusätzliche Windenergieanlagen anwachsen soll. Die Mittel für den Hochwasserschutz wurden seit 2010 verdoppelt und die Dammsanierungen und der Bau von Rückhalteräumen an Rhein, Donau und den anderen Flüssen im Land beschleunigt.

Europa voranbringen, Entwicklungszusammenarbeit verbessern

Die sogenannte Donauraumstrategie wurde verabschiedet. In ihrem Rahmen streckt Baden-Württemberg seine Fühler konsequent in Richtung Südosteuropa aus. Die Strategie eröffnet Spielräume für gemeinsame europapolitische Initiativen mit neuen Partnern. Entwicklungszusammenarbeit wird als gesamtge-

sellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe und als Querschnittsaufgabe der Regierung definiert und gestaltet. Die Initiative „Welt: Bürger gefragt“ wurde ins Leben gerufen, die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes wurden gemeinsam mit den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit neu formuliert. Der eigenständige Haushaltstitel „Entwicklungspolitik“ wurde aufgestockt und umfasst für die Jahre 2013/14 inzwischen 1 Mio. Euro.

Sport fördern

Das bisherige Fördervolumen des Solidarpakts Sport in Höhe von rund 65 Mio. Euro wurde im Jahr 2012 um einen Festbetrag von 2,32 Mio. Euro erhöht. Zusätzlich stellt die Landesregierung ab 2011 jährlich stufenweise 400.000 Euro zweckgebunden für die Qualifizierung von ehrenamtlichen Übungsleitern und sonstigen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zur Verfügung.

Verbraucherschutz ausbauen

Im Jahr 2012 wurden einige Stellen für Amtsärztinnen und Futtermittelkontrolleure neu geschaffen. Die amtliche Lebensmittelüberwachung wurde um 22 Stellen aufgestockt. Dieser Kurs wird auch in den Jahren 2013/14 fortgesetzt. Die Stadt- und Landkreise erhalten in diesen beiden Jahren jeweils 1,1 Mio. Euro, um weitere 44 Lebensmittelkontrolleure einstellen zu können.

Rechtspolitik: JVA-Privatisierung stoppen, Sicherheit verbessern

In der Rechtspolitik wurde die Teilprivatisierung der JVA Offenburg gestoppt, sodass ab Juni 2014 alle Aufgaben wieder staatlich betrieben werden. Das Landesrichtergesetz wurde im Dialog mit den Betroffenen überarbeitet, um die Mitbestimmung von Richtern sowie Staatsanwälten zu verbessern. Um der in den vergangenen Jahren zunehmenden Gewaltbereitschaft gegenüber Justizangehörigen entgegenzutreten, wurde eine umfassende Sicherheitskonzeption für die Gerichte und Justizbehörden in Baden-Württemberg erarbeitet. Die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen wurden durch die Unterstützung der Regierungsfaktionen im Doppelhaushalt 2013/2014 geschaffen.

EnBW-Deal aufarbeiten

Seit Anfang 2012 tagt der EnBW-Untersuchungsausschuss, um den EnBW-Deal aufzuarbeiten. Die Männerkumpanei von Stefan Mappus und Dirk Notheis fügte dem Land schweren Schaden zu, die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben tatenlos zugesehen. Für die politische Kultur des Landes wurde ein neuer Tiefpunkt erreicht: Die Vorgänge rund um das Geschäft, E-Mails zwischen den Handelnden auf Regierungsseite und bei der Investmentbank sowie CDU-Vertuschungsversuche bis ins Jahr 2013 wären ohne den Untersuchungsausschuss nicht aufgedeckt worden. Selten war ein solcher Ausschuss aufschlussreicher!

SPD-Landtagsfraktion im Gespräch

Auch in den vergangenen zwei Jahren setzte die Landtagsfraktion ihre Reihe an Veranstaltungen im ganzen Land fort: Bürgerempfang, unzählige Besuche in Unternehmen, Einrichtungen und Schulen, Fachforen, runde Tische und vieles mehr. Seit 2012 wird nun jährlich der mit 2.500 Euro dotierte Preis für Verdienste um die soziale Demokratie vergeben. „Nah bei den Menschen“ ist kein Slogan, sondern der Grundansatz der Fraktionsarbeit.

Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit

Als erste Fraktion hat die SPD bereits im Frühjahr 2012 eine Broschüre quer durch alle Politikbereiche vorgelegt. Im Herbst 2013 gibt es sie in einer aktualisierten Auflage. Für jeden Arbeitskreis gibt es zudem eine Kombikarte mit Themen und Ansprechpartnern, dazu Flyer zu Schwerpunkten der Fraktionsarbeit. Das Adressenheftchen „Abgeordnete zum Greifen nah“ komplettiert das gedruckte Angebot. Auch online tut sich einiges, nicht nur bei Facebook & Co.: Bei ihrem Internet-Relaunch hat die Landtagsfraktion Maßstäbe gesetzt und die User von Anfang an beteiligt. Zuerst wurden Vorschläge zum neuen Auftritt gesammelt, dann konnte man im Netz über drei Entwürfe abstimmen. Das Siegerkonzept wird derzeit umgesetzt. In Planung ist ferner eine nagelneue Version der Porträtbroschüre „Menschen wie du und ich“. Der elektronische Newsletter hat immerhin knapp 3.000 Abonnenten.



Landesgruppe mit Vertretern des Technischen Hilfswerks
Baden-Württemberg

Landesgruppe im Bundestag

Als Landesgruppe vertreten wir die Interessen des Landes in der Bundestagsfraktion sowie gegenüber der Bundesregierung. Vorsitzender der Landesgruppe, der 15 Abgeordnete angehören, ist Christian Lange (Backnang-Schwäbisch Gmünd), seine Stellvertreter/Innen sind Katja Mast (Pforzheim) und Lothar Binding (Heidelberg).

In der Fraktion ist die Landesgruppe in wichtigen Funktionen stark vertreten. Christian Lange ist Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Dr. h.c. Gernot Erler (Freiburg) ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Elvira Drobinski-Weiß (Offenburg) gehört dem Fraktionsvorstand an. Rainer Arnold (Nürtingen) ist sicherheits- und verteidigungspolitischer Sprecher und Mitglied im Fraktionsvorstand. Lothar Binding ist seit Juni 2012 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Martin Gerster (Biberach) ist Sprecher der Arbeitsgruppe Sport. Hilde Mattheis (Ulm) ist Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration. Ute Kumpf (Stuttgart II) ist Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement. Rita Schwarzelühr-Sutter (Waldshut) ist als Mittelstandsbeauftragte der Fraktion für das Handwerk zuständig. Ute Vogt (Stuttgart I) ist Sprecherin der Fraktion im 1. Untersuchungsausschuss (Gorleben).

Im Juni 2012 wurde Nicolette Kressl zur Regierungspräsidentin im Regierungspräsidium Karlsruhe ernannt und ist aus dem Bundestag ausgeschieden. Annette Sawade (Schwäbisch Hall-Hohenlohe) ist für sie in den Deutschen Bundestag nachgerückt.

Die Landesgruppe tagt regelmäßig in Sitzungswochen des Deutschen Bundestags, um aktuelle Themen zu besprechen und gemeinsame Positionen zu bestimmen. Neben Gesprächen mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen aus Baden-Württemberg war der Austausch mit Ministerinnen und Ministern der grün-roten Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren ein besonderes Anliegen der Landesgruppe. Die Gespräche mit den Ministerinnen und Ministern bieten die Möglichkeit, sich über die Landespolitik auszutauschen, und helfen uns, auch weiterhin die Interessen des Landes in der Fraktion und gegenüber der Bundesregierung erfolgreich zu vertreten.

Durch Veranstaltungen und Aktionen vor Ort trägt die Landesgruppe intensiv zur Vermittlung sozialdemokratischer Politik in Baden-Württemberg bei. Neben zahlreichen Veranstaltungen der einzelnen Landesgruppenmitglieder in ihren Wahlkreisen führte die Landesgruppe im Berichtszeitraum über 70 Veranstaltungen im Rahmen der Aktion „Fraktion vor Ort“ der Bundestagsfraktion durch. Ein großer Teil dieser Veranstaltungen stand unter dem Motto „Projekt Zukunft“, mit dem die Fraktion einen offenen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber gestartet hat, welche Herausforderungen es zu bewältigen gilt, damit Deutschland im Jahr 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist. Ein weiterer Schwerpunkt der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen waren die Morde der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ und Konsequenzen aus diesen Verbrechen.

Ein besonderes Augenmerk der Arbeit vor Ort der Landesgruppe gilt den Betreuungswahlkreisen. In der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestags wurden 23 der 38 Bundestagswahlkreise in Baden-Württemberg nicht von einem eigenen SPD-Bundestagsabgeordneten

vertreten. Die Landesgruppe trägt dieser Situation Rechnung, indem ihre Mitglieder einen erheblich größeren zeitlichen und finanziellen Betreuungsaufwand leisten als Bundestagsabgeordnete aus anderen Bundesländern.

Die Landesgruppe pflegt den Kontakt zu den baden-württembergischen Hauptstadtjournalisten. Neben direkten Gesprächen gehört hierzu auch der Presseabend, den wir jährlich veranstalten, um gemeinsam mit den Pressevertreterinnen und Pressevertretern zwanglos ins Gespräch zu kommen. Die Presseabende stehen unter bestimmten Schwerpunktthemen, zu denen wir die jeweilige Ministerin bzw. den jeweiligen Minister der Landesregierung einladen. 2012 war das stellvertretende Ministerpräsident und Finanz- und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg Dr. Nils Schmid, in diesem Jahr Innenminister Reinhold Gall.

Christian Lange MdB

Vorsitzender der SPD-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Abgeordnete im Europaparlament

Als Sprecherin meiner Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz befasste ich mich in der parlamentarischen Arbeit mit einer Vielzahl von Themen. Wobei das Thema der Wasserliberalisierung medial wohl die größte Aufmerksamkeit erlangte. In den Verhandlungen konnten wir ein zentrales Anliegen durchsetzen: die komplette Herausnahme des Wassersektors. Von Beginn an habe ich deutlich gemacht, dass Wasser keine Ware wie jede andere ist. Es ist unserer Hartnäckigkeit zu verdanken, dass von der Konzessionsrichtlinie kein Liberalisierungsdruck auf bewährte Formen der Wasserversorgung ausgehen wird. Nun liegt die Verantwortung bei kommunalen Entscheidungsträgern, verantwortungsvoll mit dem hohen Gut Wasser umzugehen.

Im Verbraucherrecht konnten wir einige Meilensteine setzen. Die Verbraucherrechterichtlinie bringt endlich die überfällige Rechtssicherheit vor allem im grenzüberschreitenden Handel. Hinzu kamen Streitbeilegungsmechanismen, die vor allem bei grenzüberschreitenden Fernabsatzgeschäften wichtig sind. Als Berichterstatterin für das Europäische Kaufrecht kämpfte ich aktuell gegen den Ausverkauf der Verbraucherrechte in Europa. Einen ersten Erfolg konnte ich bei der letzten Abstimmung gegen die Konservativen und Liberalen einfahren. Zu den konkreten Erfolgen gehören auch die weitere Senkung von Roaminggebühren, meine langjährige Forderung nach einem Basiskonto für jedermann, die Durchsetzung der Einhaltung des Arbeitsrechts bei öffentlichen Vergaben auch für Subunternehmer und vieles mehr. Aktuell beginnt der Kampf um die Netzneutralität.



MdEP Peter Simon vor Ort im Gespräch zu europa- und wirtschaftspolitischen Themen mit Unternehmen aus der Region

BEI GRUNDRECHTEN MACHEN WIR KEINE KOMPROMISSE!

Als stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses standen für mich auch Themen wie das SWIFT-Abkommen oder die Fluggastdatenspeicherung im Vordergrund. Ein klares Nein zur Beschneidung von Persönlichkeitsrechten, ein klares Ja zum Datenschutz sind hier meine Devise. Bei der Reform des europäischen Asylrechts pochten wir auf eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden. Leider wurde hier ein wirklich großer Wurf von Konservativen und Liberalen verhindert. Auch gegenüber autoritären Tendenzen innerhalb der Union finden wir klare Worte: Ob es der ungarischen Regierung gefällt oder nicht – bei Grundrechten machen wir keine Kompromisse!

Auch die heiß debattierte Geschlechterquote für Aufsichtsräte ist auf gutem Weg. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine klare Position: Ein Ende den gläsernen Decken in Führungsetagen europäischer Großunternehmen!

Meine Wahlkreisarbeit in Baden-Württemberg war geprägt von den von mir im Parlament bearbeiteten Themen genauso wie von der aktuellen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise. In zahlreichen Veranstaltungen habe ich versucht, sozialdemokratische Lösungsansätze aufzuzeigen. Diese habe ich auch dem EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, den ich in Hohenlohe empfangen konnte, deutlich vermittelt. Des Weiteren habe ich die Berufsanerkennungs- und die Entsenderichtlinie vielerorts diskutiert. Natürlich stand ich auch zu wichtigen Themen außerhalb meiner Arbeitsbereiche Rede und Antwort, so etwa zur Arbeitszeitrichtlinie oder zur Gemeinsamen Agrarpolitik. Zu letzterem konnte ich meine

schleswig-holsteinische Kollegin aus dem Agrarausschuss, Ulrike Rodust, mehrfach nach Baden-Württemberg holen.

Neben fachpolitischen Themen war für mich in meiner Arbeit vor Ort vor allem die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union zentral. Bei etlichen Podiumsdiskussionen, Vorträgen oder Gesprächen mit Schulklassen habe ich an die Errungenschaften der EU erinnert, die leider im tagespolitischen Diskurs zu oft vergessen werden. Ich habe unzählige Besuchergruppen aus dem ganzen Land in Brüssel und Straßburg empfangen, um möglichst vielen Menschen einen Einblick in die Europapolitik zu bieten. Erfreulicherweise habe ich dabei viel Zustimmung für mein Credo erhalten, die EU im Sinne eines sozialen und demokratischen Europas der BürgerInnen weiterzuentwickeln, Bürgerrechte zu schützen, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu erweitern, den Verbraucherschutz und die soziale Dimension der EU zu stärken und nicht zuletzt eine neue europäische Industrie- und Wirtschaftspolitik auf den Weg zu bringen.

Evelyne Gebhardt MdEP



Evelyne Gebhardt mit EU-Kommissar Michel Barnier und dem damaligen Hohenloher Landrat Helmut M. Jahn im März 2012 im Gespräch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern zum Thema Wasser und Konzessionsrichtlinie in Künzelsau

3

Arbeitsgemeinschaften und SGK

**AfA – Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen**

**ASF – Arbeitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Frauen**

Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD

**AG 60 plus – Arbeitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Seniorinnen und Senioren**

**AsJ – Arbeitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Juristinnen und Juristen**

**ASG – Arbeitsgemeinschaft Sozialdemo-
kraten im Gesundheitswesen**

**AGS – Arbeitsgemeinschaft der
Selbstständigen in der SPD**

**Schwusos – Arbeitsgemeinschaft der
Lesben und Schwulen in der SPD**

AfB – Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Netzwerk SelbstAktiv

**SGK Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik**

AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Der amtierende AfA-Landesvorstand wurde im November 2011 in Böblingen gewählt. Vorsitzender ist Udo Lutz, seine Stellvertreter sind Lillo Chianta und Marion von Wartenberg. Weiter gehören dem Landesvorstand an Cordula Becker, Dr. Katrin Distler, Gisela Haupt, Helmut Laser, Georg Patzek, Helmut Roth, Adnan Sabah, Wendelin Schmidt, Regina Schmidt-Kühner, Michael Seis, Michael Weiß und Silvia Wölfle. Die Landesvorstandsmitglieder decken ein weites Spektrum an Fachkompetenz ab.

Der AfA-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich in Stuttgart, meist mit der Möglichkeit, daran per Telefonkonferenz teilzunehmen. Dabei setzten wir uns mit den Themen Leiharbeit und Werkverträgen, Arbeitnehmerdatenschutz, Tariftreugesetz und Rente auseinander. Wie eine Politik für Europa aus Sicht der Arbeitnehmer/innen aussehen sollte, war ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Die Zukunft der Arbeit in Ulm erörterten wir am Rande einer Landesvorstandssitzung in Ulm mit Hilde Mattheis MdB, Arbeitnehmervertretern von Iveco und Nokia sowie Gewerkschaftern. Im Februar 2013 fand eine eintägige Klausurtagung in Stuttgart statt.

„Fachkräftemangel – durch Bildung beheben und berufliche Perspektiven gestalten“ lautete der Titel einer Veranstaltung in Mannheim, zu der wir gemeinsam mit dem örtlichen AfA-Kreisverband eingeladen hatten. Mit der Stuttgarter Oberbürgermeister-Kandidatin Bettina Wilhelm diskutierten wir über „Stuttgart – Zukunft – Arbeit“ und ihre Vorstellungen, wie den Herausforderungen, die die Automobilstadt Stuttgart in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Kinderbetreuungsplätze, Bildungs- und Kulturangebote sowie intelligente Verkehrskonzepte stellt, begegnet werden kann.

Beinahe schon traditionell ist unser Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte, der seit 2010 jährlich im Waldheim Heslach in Stuttgart stattfindet. Im Berichtszeitraum sprachen u.a. Katrin Altpeter und Nils Schmid zu den zahlreich erschienenen Arbeitnehmervertretern.

Vom 20. bis 22. April 2012 fand in Bonn-Bad Godesberg die AfA-Bundeskonferenz statt. Baden-Württemberg nahm mit 18 Delegierten teil. Bei den Wahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde Udo Lutz zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Neuer Bundesvorsitzender ist Klaus Barthel MdB, der Ottmar Schreiner ablöste, der nicht mehr kandidiert hatte. Mit dem Tod von Ottmar Schreiner im Frühjahr 2013 hat die AfA einen Kämpfer verloren, der stets eine Politik für Schwächere vertreten hat.

Mit den anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften arbeitet die AfA eng zusammen. Wir beteiligen uns an den AG-Vorsitzenden-Treffen und an gemeinsamen Veranstaltungen, wie z.B. dem gemeinsamen Expertengespräch zum Thema „Bürgerversicherung“ im Juni 2013.

Derzeit bereiten wir unsere Landesdelegiertenkonferenz vor, die im November in Pforzheim stattfinden wird.

Für den Vorstand
Udo Lutz
Landesvorsitzender der AfA



Empfang für Betriebs- und Personalräte, 2013

ASF – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Der ASF-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich. Regelmäßig laden wir auch zu Landesausschusssitzungen ein, die meist in den Kreisverbänden stattfinden. Im Berichtszeitraum waren wir zu Gast in Mannheim, Pforzheim, Baden-Baden, Offenburg und Ulm. Dabei informierten wir uns z. B. über ein Gründerinnenzentrum, die Pforzheimer Schmuckindustrie, Frauen beim SWR, ein Heim für obdachlose Frauen und über einen Mädchen- und Frauenladen. Außerdem haben wir uns zu zwei Klausurtagungen getroffen: im März 2012 in Schwäbisch Hall und im Februar 2013 in Bühl. Bei aktuellen Anlässen finden immer wieder Telefonkonferenzen statt. Über den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung referierte Hilde Mattheis in einer Sitzung des ASF-Landesvorstands.

Seit der Landesdelegiertenkonferenz im Oktober 2011 ist Anette Sorg ASF-Landesvorsitzende. Claudia Sünder, die dieses Amt zwei Jahre lang innehatte, hatte nicht mehr für den Vorsitz kandidiert. Sonja Elser und Andrea Schiele wurden zu Stellvertreterinnen gewählt.

An der ASF-Bundeskonferenz im Mai 2012 in Berlin nahmen wir mit einer 19-köpfigen Delegation und vielen Anträgen teil. In Berlin wurden Evelyne Gebhardt MdEP als stellvertretende Bundesvorsitzende und Dr. Claudia Schöning-Kalender als Beisitzerin in ihren Ämtern bestätigt.

Mit der Landesarbeitsgemeinschaft von Bündnis90/Die Grünen haben wir ein Gespräch geführt. Gelegentlich treffen wir uns mit den ASF-Landesvorständen von Bayern und Hessen zu einem Gedankenaustausch, zuletzt im Februar 2012 in Aschaffenburg. Die ASF ist Mitglied im Landesfrauenrat und nimmt mit zwei Delegierten an den Delegiertenversammlungen teil. Für die Pressearbeit des Landesfrauenrats zeichnet Claudia Sünder verantwortlich.

Die ASF arbeitet weiter eng mit anderen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Zum einen finden regelmäßig Treffen der AG-Vorsitzen-

den statt, zum anderen gab es gemeinsame Veranstaltungen. Im August 2012 fand in Stuttgart die Veranstaltung „Allein unter Männern – Im Dialog mit erfolgreichen SPD-Politikerinnen“ statt, zu der wir gemeinsam mit den Jusos eingeladen hatten. Zum Thema „Bürgerversicherung“ fand eine gemeinsame Expertenanhörung der Arbeitsgemeinschaften statt. Auch auf Landesparteitagen sind wir mit gemeinsamen Anträgen vertreten.

An Landesvorstandssitzungen nimmt – neben den gewählten Frauen aus dem ASF-Landesvorstand – regelmäßig ein Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands teil. Bei jährlich wiederkehrenden Gedenktagen (z.B. Equal-Pay-Day, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen) ist die ASF stets präsent.

Im Februar 2012 fand ein Gespräch mit den Bundestagskandidatinnen statt. In einem Sonderheft des ASF aktuell haben wir allen Kandidatinnen Gelegenheit gegeben, sich vorzustellen. Zur Unterstützung der Kandidatinnen haben wir in den vier Regierungsbezirken zu „After Work-Talks: Rote Frauen für Berlin – SPD-Bundestagskandidatinnen laden ein zum Gespräch“ eingeladen.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen hat die FES zwei Seminare angeboten (in Oberdingen und Biberach), die wir intensiv beworben haben. Auf Initiative und mit Vorarbeit der ASF wurde ein Nachwuchsförderprogramm für Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund ins Leben gerufen. Sonja Elser stellte am 16.07. gemeinsam mit Katja Mast der Landtagsfraktion das Konzept vor.

Unser vorrangiges Ziel ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen. Diesem Ziel sind wir mit der Änderung des Kommunalwahlrechts einen Schritt näher gekommen. Der Landtag hat im Frühjahr 2013 die Änderung des Kommunalwahlrechts beschlossen. Dass dort nun eine paritätische Besetzung der Kommunalwahllisten als Sollvorschrift thematisiert ist, werten wir als ersten Schritt in Richtung einer verbindlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten in Baden-Württemberg. Weitere müssen folgen. Dazu gehört auch eine Reform des Landtagswahlrechts, die wir vorantreiben wollen.

Öffentlichkeitsarbeit betreiben wir zum einen mit unserer Homepage <http://asf-bw.de>. Dort finden sich Termine, Pressemitteilungen

40-JÄHRIGES JUBILÄUM DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN

und Veranstaltungsberichte, aber auch Positionspapiere stehen zum Download bereit. Die Ausgaben unserer Zeitschrift „ASF aktuell“ erscheinen jetzt mit einem Schwerpunktthema. Mit dem Heft „Frauen und Wirtschaft“ haben wir die Jahres-Kampagne der Landes-SPD begleitet. Alle Ausgaben des ASF aktuell sind auch auf der Homepage nachzulesen. Zum 40-jährigen Jubiläum der baden-württembergischen ASF ist eine Broschüre erschienen.

Wir unterstützen die Arbeit der Kreisverbände, sei es durch Vermittlung von Referentinnen und Referenten, durch Unterstützung bei ASF-Neugründungen oder durch die Kommunikation der Kreisverbände miteinander. Außerdem haben die Kreisverbände die Möglichkeit, Beiträge im „ASF aktuell“ zu veröffentlichen.

Derzeit bereiten wir unsere nächste Landesdelegiertenkonferenz vor, die am 26. Oktober 2013 in Freiburg unter dem Thema „EUROPA – nur mit Frauen stark“ stattfinden wird.

Anette Sorg

Landesvorsitzende der ASF



Fahnenaktion 2012 –
„Nein zu Gewalt an Frauen“



Klausurtagung 2013 in Bühl

Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD

Mit dem Antritt der grün-roten Regierungskoalition in Baden-Württemberg hat sich auch die Aufgabe der Jusos Baden-Württemberg geändert. Wir kämpfen dafür, dass unsere Positionen zu realer Regierungspolitik werden. Viele unserer Forderungen, wie die Einführung der Gemeinschaftsschule, die Abschaffung der Studiengebühren und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen, wurden bereits umgesetzt. Wir bleiben hartnäckig, wenn es um Themen geht, die insbesondere junge Menschen betreffen. Wir haben das Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen verhindert und werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Staat gerade seine jungen Mitbürger/Innen nicht am Gängelband der Ordnungshüter führt, sondern sie zu aufgeklärten und selbstbestimmten Menschen erzieht. Wir stehen für eine konsequente Präventionspolitik, die aufklärt und mit den Menschen ins Gespräch kommt, statt immer neue sinnlose Verbote zu erlassen. Ebenso werden wir eine stärkere Beteiligung der Jugend in der Kommunalpolitik einfordern. Wir werden unseren Fokus darauf richten, insbesondere die Bildungspolitik der Landesregierung zu begleiten. Wir verlangen von der Regierung echtes Engagement für die Gemeinschaftsschule, für längeres gemeinsames Lernen, für die Zukunftssicherung der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land. Auch die Umsetzung der Energiewende werden wir gemeinsam mit unserer Regierung vorantreiben.

An der Spitze unseres Verbands fand 2012 ein Wechsel statt. Der Heubacher Bürgermeister Frederick Brütting ist nach drei Jahren als Juso-Landesvorsitzender nicht mehr angetreten. Zu seinem Nachfolger wurde 2012 der Lauffener Stadtrat Markus Herrera Torrez gewählt, den die Jusos 2013 im Amt bestätigt haben. Auch im Juso-Landesbüro gab es eine Erneuerung. Christian Eheim wurde 2012 als Juso-Landesgeschäftsführer verabschiedet. Er ist seit 2012 Geschäftsführer der Karlsruher SPD-Gemeinderatsfraktion. Auf ihn folgte am 01. Oktober 2012 Jeannette Roth als neue Geschäftsführerin des Juso-Landesbüros.

Unsere inhaltliche Arbeit auf Landesebene findet vor allem in Projektgruppen statt, in denen wir tief in die Thematik einsteigen und miteinander diskutieren können. Im Arbeitsjahr 2011/12 haben wir uns in der PG



Der Landesvorstand der Jusos

„Moderne Industriepolitik“ Gedanken darüber gemacht, wie wir die Industrielandschaft in Baden-Württemberg modernisieren müssen, um sie als Motor für Arbeitsplätze und Garant für Wohlstand erhalten zu können. In der PG „Fortschritt durch Vielfalt“ haben wir über die Bedingungen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert. Beide Projektgruppen mündeten in Leit- anträge, die auf der LDK 2012 in Heidenheim beschlossen wurden.

Im Arbeitsjahr 2012/13 fiel der Startschuss für die Projektgruppe „Europa“ auf dem ersten WIR-Kongress der Jusos Baden-Württemberg, der unter dem Motto „Die junge Generation“ am 20. und 21. Oktober 2012 in Karlsruhe stattfand. Zu diesem Kongress kamen über 120 Jusos, Gäste und Interessierte aus dem ganzen Land zusammen, um in den angebotenen Themenforen und Workshops zu debattieren, sich auszutauschen, Ideen zu sammeln und am Abend miteinander zu feiern. Das Thema Europa wurde in den Untergruppen „Werte und Institutionen“, „Integration und Erweiterung“ und „Wirtschaft und Finanzen“ diskutiert. Am Ende steht der auf der LDK 2013 in Ludwigsburg beschlossene Leitantrag „Europa – unsere Zukunft“, der die Alternativlosigkeit einer verstärkten europäischen Integration und Zusammenarbeit aus der Perspektive unserer Generation zur Geltung bringt.

Ein Wermutstropfen in unserer Bilanz ist es, dass die Landes-SPD sich auf ihrem Listenparteitag in Heilbronn nicht dazu durchringen konnte, den Juso-Spitzenkandidaten Hannes Munzinger auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu platzieren. Um es mit den Worten der Schwäbischen Post vom 03.03.2013 zu sagen: „Letztlich [...] hat die Landes-SPD eine Chance verspielt, die nächste Politik-Generation besser ins Spiel zu bringen.“

Markus Herrera-Torrez
Juso Landesvorsitzender

Seit dem Landesparteitag 2011 tagte der Juso-Landesvorstand 17 Mal und der Landesausschuss 7 Mal.

Dem Juso-Landesvorstand gehörten im Berichtszeitraum 2011–2013 folgende Mitglieder an:

Juso-Landesvorstand 2011/12

Frederick Brütting, KV Ostalb (Landesvorsitzender)
Luisa Boos, KV Emmendingen
Mark Fischer, KV Mannheim
Theresa Gassmann, KV Konstanz
Judith Gremmelspacher, KV Karlsruhe-Stadt
Amely Krafft, KV Tübingen
Benjamin Köpfler, KV Neckar-Odenwald
Frederic Striegler, KV Biberach
Mark Zanger, KV Rastatt/Baden-Baden

Juso-Landesvorstand 2012/13

Markus Herrera Torrez, KV Heilbronn (Landesvorsitzender)
Judith Gremmelspacher, KV Karlsruhe-Stadt
Leon Hahn, KV Bodensee
Timur Ilter, KV Ludwigsburg
Tijen Karimani, KV Schwäbisch Hall-Hohenlohe
Christian Kollmer, KV Rems-Murr
Benni Köpfler, KV Neckar-Odenwald
Lina Seitzl, KV Ortenau
Julia Söhne, KV Freiburg

Juso-Landesvorstand 2013/14

Markus Herrera Torrez, KV Heilbronn (Landesvorsitzender)
Leon Hahn, KV Bodensee
Andreas Jahn, KV Esslingen
Tijen Karimani, KV Schwäbisch Hall/ Hohenlohe
Benjamin Köpfler, KV Neckar-Odenwald
Aylin Sahin, KV Pforzheim
Lina Seitzl, KV Ortenau
Julia Söhne, KV Freiburg
Nico Waibel, KV Tübingen

Weitere Veranstaltungen:

Vernetzungstreffen
für Jusos im SchülerInnenalter in Mannheim

„Juso-Basics“ in Freiburg

Jubiläumsfeier „20 Jahre Kontra“ in Stuttgart

Seminar „Netzpolitik“ in Mannheim

Veranstaltung mit der Junior SGK
„Was bringt Grün-Rot für unsere Kommunen?“ in Böblingen

Projektwochenende

„Moderne Industriepolitik“ und „Fortschritt durch Vielfalt“ in Ludwigsburg

„Juso-Basics“ in Heilbronn

Tagesseminar „Gleichstellung jetzt!“
in Karlsruhe

„Allein unter Männern? Im Dialog mit erfolgreichen SPD-Politikerinnen“
in Stuttgart

WIR-Kongress in Karlsruhe

„Juso-Basics“ in Tübingen

Diskussion „Rechtsextremismus – ein unterschätztes Problem?“ in Tübingen

Weihnachtsfeier der Jusos Baden-Württemberg in Ludwigsburg

Tagesseminar „150 Jahre SPD“ in Rastatt

Projektwochenende

„Europa – unsere Zukunft“ in Sigmaringen

Projektwochenende

„Europa – unsere Zukunft“ in Kehl

Vernetzungstreffen für Jusos im SchülerInnenalter in Karlsruhe und Freiburg

„Juso-Basics“ in Bad Liebenzell

Frauenvernetzungstreffen in Stuttgart

Seminar „#aufschrei & #aufbruch? – Netzfeminismus in Aktion“ in Stuttgart

Wahlkampfauftakt „Politics and Music“
in Tübingen

Wahlkampfcamp in Friedrichshafen



Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 2013

AG 60plus – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren

Der Landesvorstand der SPD 60plus tagt in der Regel monatlich in Stuttgart. Wir diskutieren viele politische Themen und erarbeiten praktische Angebote für die Partei in den wichtigsten Themenfeldern: In der vergangenen Rechenschaftsperiode entwickelten wir ein Armutspuzzle, einen Schuldenturm und eine Gerechtigkeitswaage jeweils zum Einsatz an auffälligen Infoständen bzw. als Straßenaktionen. Diese Aktionen können von allen Gliederungen der Partei genutzt werden. Wir legen dabei mehr Wert auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern als auf interne Debatten.

Wie schon zuvor, haben wir uns auch im Berichtszeitraum August 2011 bis Juli 2013 daran orientiert, unter Demografie mehr als einfach Altersstruktur, unter dem demografischen Wandel mehr als die Formänderung der Alterspyramide bzw. den Alterungsprozess der Gesellschaft zu verstehen. Unsere Gesellschaft schrumpft und wird älter. Das hat gravierende Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die privaten und öffentlichen Infrastrukturangebote, die öffentlichen Haushalte und den Arbeitsmarkt. Auf diese Herausforderungen müssen wir Antworten finden. Gleichzeitig nimmt die kulturelle Vielfalt zu – das eröffnet neue Möglichkeiten.

Deshalb haben wir Gespräche mit verschiedenen Verbänden geführt. Vertreterinnen und Vertreter der Alzheimer Gesellschaft, des Landesverbands der Tafeln in Baden-Württemberg e.V., der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands haben uns ihre Institutionen vorgestellt und mit uns über die Auswirkungen des demografischen Wandels diskutiert. Der Vorsitzende des Landesseniorenrats, Roland Sing, war ebenfalls unser Gast.



Pflegekonferenz in Mannheim

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit lag in der Neuauflage unserer Broschüre „Erfahrung schafft Zukunft“ mit unserem Angebot an Vorträgen und Aktivitäten. Vor-Ort-Aktionen wie z.B. „Welt im (Un-)Gleichgewicht“, „Armutspuzzle“ u.a. und Vorträge bieten wir den SPD-Kreisverbänden und ihren Untergliederungen nicht nur für Wahlkampfzeiten an. Aber für den Wahlkampf eignen sich diese Aktionen natürlich besonders. Dies gilt ebenso für die vielen Fachvorträge der Mitglieder des 60plus Landesvorstandes, die landesweit nachgefragt werden können.

Zur „Finanzpolitik in Zeiten des demografischen Wandels und internationaler Finanzkrisen“ im Oktober 2012 in Stuttgart referierte Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Rheinland-Pfalz, in der Konferenz der 60plus-Kreisvorsitzenden. Hilde Mattheis MdB informierte uns über die „Zukunft der Pflege – Bürgerversicherung“ im Frühjahr 2013 und stellte das Pflegekonzept der SPD-Bundestagsfraktion vor.

Regelmäßig berichten die 60-plus-Kreisvorsitzenden über ihre Aktivitäten vor Ort. Im Berichtszeitraum haben wir Seniorenräte zu einer Sitzung eingeladen, leider mit mäßiger Beteiligung. Mit der SPD-Landtagsfraktion und ihrem seniorenpolitischen Sprecher Thomas Reusch-Frey MdL stehen wir in engem Austausch, ebenso wie mit der Generalsekretärin Katja Mast MdB. Der ASG-Landesvorsitzende Klaus Kirschner referierte zum Thema Gesundheitssystem und Bürgerversicherung.

Im SPD Landesvorstand und in der Antragskommission des Landesverbandes waren wir regelmäßig vertreten. Die Zusammenarbeit des SPD 60plus-Vorstandes mit dem SPD-Landesvorstand war positiv und konstruktiv. Die Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften wurde intensiviert. Es fanden regelmäßige Treffen der AG-Vorsit-

zenden sowie ein gemeinsames Expertengespräch zur Bürgerversicherung statt. Besuche in vielen Ortsvereinen und Kreisverbänden zu Ehrungen langjähriger Mitglieder und zu unterschiedlichen Themen gehören zur Routinearbeit im Landesvorstand – ohne Routine zu werden.

Schon Tradition hat unser jährlicher Neujahrsempfang. Die Gastvorträge hielten Gesine Schwan (2012 in Stuttgart) und Erhard Eppler (2013 in Schwäbisch Hall). Unter dem Motto „60plus auf Touren“ besuchten wir im Sommer 2012 das Europäische Parlament in Straßburg.

An der Bundeskonferenz 2011 in Berlin haben wir mit einer 18-köpfigen Delegation teilgenommen. Dabei wurde Lothar Binding MdB erneut als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt.

Zahlreiche 60plus-Kreisverbände beteiligen sich mit Aktionen und Pressemitteilungen am bundesweiten Aktionstag, der jedes Jahr im April/Mai stattfindet.

An den Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Demografischen Wandel in der Kommune haben immer wieder Mitglieder des 60plus-Landesvorstands und der -Kreisverbände teilgenommen.

Für den Vorstand der SPD AG 60plus Baden-Württemberg

Heinz Aldinger
Angelika Barth
Lothar Binding
Sieghart Brenner
Marga Elser
Katja Klepser
Hans Lambacher
Dr. Walter Lamprecht
Angela Madaus
Christel Masseck (bis April 2013)
Rose Riedl
Ulrich Schäfer
Hansjörg Seeh
Bernd Sevecke
Peter Steinhilber



Bundeskonferenz der AG 60 plus



Erhard Eppler beim Neujahrsempfang 2013



Klausurtagung 2013 auf der Insel Reichenau

ASJ – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Der ASJ-Landesvorstand trifft sich jeden zweiten Monat in der Regel in Stuttgart. Zu den Sitzungen werden regelmäßig auch Gäste eingeladen, u.a. führten wir ein Gespräch mit Generalsekretärin Katja Mast MdB.

Beherrschende Themen im Berichtszeitraum waren Whistleblowing, das Landespersonalvertretungsgesetz, das Tariftreuegesetz und der Arbeitnehmerdatenschutz. Aber auch mit Kriminalprävention, Strafrecht und Steuern haben wir uns beschäftigt. Die Landeskonferenz 2012 befasste sich mit Fritz Bauer, dem jüdischen Richter aus Stuttgart, der eine maßgebliche Rolle bei den Auschwitzprozessen spielte. Die Würdigung der Verdienste von Fritz Bauer ist der ASJ ein großes Anliegen.

Jährlich findet eine zweitägige Klausurtagung auf der Insel Reichenau statt. Dabei waren u.a. Justizminister Rainer Stichelberger (2012 und 2013) und der Ministerialdirektor im Innenministerium Dr. Herbert O. Zinell (2013), mit denen wir über die rechtspolitischen Vorhaben der Landesregierung diskutierten.

Im November 2011 fand eine Podiumsdiskussion zur „Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz durch mehr Mitbestimmung“ am Landgericht Stuttgart statt. Die „verantwortungsvolle Reform der Sicherungsverwahrung“ war Thema einer öffentlichen Veranstaltung in Freiburg mit Justizminister Rainer Stichelberger.

Im September 2012 fand die Landeskonferenz der ASJ in Stuttgart mit Vorstandswahlen statt. Als Vorsitzender wiedergewählt wurde Michael Wirlitsch, Stellvertreter sind Uwe Kaltenmark, Kristin Keßler und Dr. Eberhard Natter. Weiterhin gehören dem ASJ-Landesvorstand an Dr. Johannes Fechner, Gisela Fischer, Prof. Dr. Martin Hochhuth, Armin Nack, Lars Naumann, Michael Rajkowski, Dr. Hartmut Schnelle, Daniel Sigg und Dr. Joachim Walter.

An der Bundeskonferenz am 15./16. September 2012 in Berlin nahm die ASJ mit einer siebenköpfigen Delegation teil. Zu den Bundesausschusssitzungen, die die Schwerpunkte „Perspektiven sozialdemokratischer Rechtspolitik“, „Netzpolitik“ und „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle“ hatten, entsenden wir jeweils zwei Vertreter/innen.

Die ASJ nimmt an den Sitzungen des Fachbeirats Justiz teil. Mit den anderen Arbeitsgemeinschaften tauschen wir uns regelmäßig aus und beteiligen uns an den gemeinsamen Veranstaltungen.

Etwa zweimal im Jahr erscheint unser „ASJ aktuell“ mit Beiträgen zu aktuellen rechtspolitischen Themen.

Für den Vorstand
Michael Wirlitsch
Landesvorsitzender der ASJ

ASG – Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Die ASG hat sich im Berichtszeitraum intensiv mit den Eckpunkten einer sozialdemokratischen Gesundheitspolitik beschäftigt, bei der die Bedürfnisse der Patienten im Vordergrund stehen. Die zunehmende Entsolidarisierung in der Gesundheitspolitik unter der derzeitigen schwarz-gelben Bundesregierung führt zu einer Drei-Klassen-Medizin. Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen der SPD Baden-Württemberg stehen dabei immer die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sowie die gesetzliche Pflegeversicherung (GPfV) als unverzichtbare gesetzliche Solidarsysteme im Mittelpunkt. Solidarität heißt für die ASG: Sozialausgleich zwischen Besserverdienenden und sozial Schwächeren, Risikoausgleich zwischen Gesunden und Kranken sowie Pflegebedürftigen, Generationenausgleich zwischen Jüngeren und Älteren, Familienlastenausgleich zwischen Singles und Kinderlosen sowie Familien mit Kindern. Wir fordern weiterhin das Modell der solidarischen Bürgerversicherung, im Rechtsrahmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit der Rechtsaufsicht durch die Länder bzw. das BVA (Bundesversicherungsamt) und der Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit, sowie Rückkehr zur echten paritätischen Finanzierung.

Der ASG-Landesvorstand tagt alle zwei Monate. Im Frühjahr 2012 haben wir uns vor Ort über das Projekt „Gesundes Kinzigtal“ in Haslach informiert.

Im November 2012 fand die Landeskonferenz in Stuttgart statt. Sozialministerin Katrin Altpeter MdL stellte die Gesundheitspolitik der Landesregierung vor. Des Weiteren referierten über „Gesundheit und Krankenversorgung sowie Pflege in solidarischer Verantwortung“ der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württemberg Dr. Christopher Hermann und der Vorsitzende des Landesseniorenrats sowie Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende des VdK Roland Sing. Bei den Wahlen zum ASG-Landesvorstand wurde Klaus Kirschner als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Zu Stellvertretern



ASG-Landesvorsitzender
Klaus Kirschner

wurden Dr. Olivier Elmer, Marlis Stängle und Herbert Weisbrod-Frey gewählt. Weiter gehören dem Vorstand an Manfred Bleil, Claudia Brackmeyer, Dr. Manfred Eissler, Heinz Grauer, Dr. Max Hahn, Olivier Mannschott, Oliver Reken, Peter Schrade, Sabine Seifert und Gabriele Teichmann.

An der Bundeskonferenz im Januar 2013 nahm die ASG Baden-Württemberg mit sieben Delegierten teil. Dort wurde Herbert Weisbrod-Frey in den Bundesvorstand gewählt und trat die Nachfolge von Klaus Kirschner an, der nicht mehr für dieses Gremium kandidiert hatte. Unser Antrag wurde weitestgehend in den Leitantrag übernommen.

Unsere derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind ambulante Versorgung, Krankenhäuser, Bürgerversicherung, Pflegeabsicherung, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Prävention. Diese Themen bearbeiten wir in Arbeitsgruppen.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften wurde weiter intensiviert. Die AG-Vorsitzenden trafen sich regelmäßig. Im Juni 2013 fand ein gemeinsames Expertengespräch zum Thema „Bürgerversicherung“ der Arbeitsgemeinschaften unter Federführung der ASG statt. Als Fachleute mit dabei waren Dr. Christopher Hermann, Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg, Hilde Mattheis MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestags, und Günter Busch, stellvertretender ver.di-Landesbezirksleiter und Fachbereichsleiter Gesundheit, soziale Dienste und Kirchen. Ziel war es zu klären, welcher Rechtsrahmen für die solidarische Bürgerversicherung gelten soll.

Für den Vorstand
Klaus Kirschner
Landesvorsitzender der ASG

AGS – Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD

Die Mittelstandsvereinigung in der SPD Baden-Württemberg ist die Plattform der Selbstständigen, Querdenker und Unternehmer in der baden-württembergischen SPD. Unser Schwerpunkt liegt in der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Der AGS-Landesvorstand kommt monatlich in Stuttgart zusammen. Die Teilnahme an den Sitzungen steht auch interessierten Selbstständigen offen. Im Rahmen der Landesvorstandssitzungen haben wir Gespräche geführt mit dem AGS-Bundesvorsitzenden Sven Kaerkes, dem Beauftragten der Landesregierung für Mittelstand und Handwerk Peter Hofelich und dem Juso-Landesvorstand.

Inhaltlich beschäftigte sich der Vorstand insbesondere mit dem Schwerpunktthema „Bildung – Ausbildung – Integration“, aber auch mit der Parteireform haben wir uns intensiv auseinandergesetzt.

Regelmäßig laden wir in den Kreisverbänden zu Unternehmer/innen-Frühstücken ein, so z.B. in Freiburg oder in Pforzheim, wo der Europaabgeordnete Peter Simon MdEP als Referent zur Verfügung stand.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz am 8. und 9. Juni 2012 in Berlin stand die Neuwahl des Vorstands an. Mit der erfolgreichen Wahl von Ralph Weinbrecht als Beisitzer sind wir wieder im Bundesvorstand vertreten. Bernd Schwinn und Alois Reutlinger vertreten Baden-Württemberg im Bundesausschuss.

Die Landeskonferenz im Oktober 2012 stand unter dem Motto „Die Energiewende – quovadis Deutschland?“ und fand in Karlsruhe statt. Über das Thema diskutierten wir mit Claus Schmiedel (Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion) und dem Unternehmer Thomas Knapp, ehemaliger energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Zum neuen AGS-Landesvorsitzenden wurde Bernd Schwinn gewählt, seine Stellvertreter sind Ortrun Bäumlein, Alois Reutlinger, Friedhelm von Spiessen und Ralph Weinbrecht, der nach dem Rücktritt von Lars Barteit den Landesvorsitz kommissarisch betreut hatte. Als

Beisitzer/innen wurden gewählt: Christian Petersen, Erich Bonkowski, Michael Bowien, Martin Dietz (mittlerweile ausgetreten), Ulrich Hummel, Gerlinde Kurzbach, Carsten Lotz, Joachim Ramlow, Rosemarie Rehberger und Helmut Sperling. Im Juni 2013 erreichte uns eine traurige Nachricht: Unser langjähriges AGS-Landesvorstandsmitglied Helmut Sperling ist viel zu früh verstorben.

Ein fester Bestandteil im Jahresprogramm der AGS Baden-Württemberg ist die Teilnahme an den Wirtschaftsempfängen des Bundesvorstands mit anschließender Verleihung des Innovationspreises. Festredner waren Sigmar Gabriel (2011) und Frank-Walter Steinmeier (2012).

Im Bundestagswahlkampf haben wir in den Kreisverbänden zu einer Aktionswoche aufgerufen. Zu einem Unternehmer/innen-Dialog mit Peer Steinbrück und Bilkay Öney haben wir im Juli 2013 Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund nach Karlsruhe eingeladen.

Mit anderen AGS-Landesverbänden stehen wir in Kontakt. Wir nahmen an Landeskonferenzen der AGS im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Bayern teil.

Bei Landesparteitagen präsentiert sich die AGS regelmäßig mit einem Stand. Auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften wurde die Zusammenarbeit intensiviert. So finden regelmäßig Gespräche zwischen den AGS-Vorsitzenden statt. Beim gemeinsamen Expertengespräch der Arbeitsgemeinschaften zur Bürgerversicherung im Juni 2013 nahm die AGS teil.

Für den Vorstand
Bernd Schwinn
Landesvorsitzender der AGS



AGS-Landesvorsitzender
Bernd Schwinn

Schwusos – Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Vielfalt – diese Schlagworte stehen für die Schwusos. Wir sind die lesbischen und schwulen Sozialdemokraten in der SPD und vertreten die Rechte von Homo-, Bi- und Transsexuellen in der SPD.

Der neue Landesvorstand

Die Schwusos Baden-Württemberg wählen einen neuen Landesvorstand. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Hans-Peter Alter (1. Vorsitzender), Sabine Berger (2. Vorsitzende), Hans-Dieter Straup (stellvertretender Vorsitzender, Helge Birke (Kasse); kooptiert wurden Sebastian Heusel (Schriftführer), Jonas Scheffner (Internet), Holger Sonsky (Werbung) und Esben Eidevik (deutsch-französische Partnerschaft.)

Wir sind im Schwusos-Bundesvorstand

Seit langer Zeit sind wir wieder mit einem Mitglied im Schwusos Bundesvorstand vertreten. Hans-Dieter Straup wurde als stellvertretender Bundesvorsitzender gewählt.

Christopher Street Day (CSD)

Auch in den Jahren 2012 und 2013 waren die Schwusos bei den Christopher Street Days (CSD) in Mannheim und Stuttgart mit dem SPD-Truck beteiligt. Der CSD ist sicherlich die sichtbarste Aktion im Jahr. Wir leisten jedoch wesentlich mehr. In Mannheim z. B. beteiligen sich die Schwusos auch am Rahmenprogramm mit der „Roten Kultourtram Musik & Talk“ in der historischen Straßenbahn. In Stuttgart finden eine Hocketse und ein Stammtisch statt. In allen Regionen sind wir natürlich auch mit Infoständen und Aktionen vertreten.

Unser Dank geht an alle SPD-Kreisverbände und die Landes-SPD für deren Unterstützung.



Die Schwusos auf dem Christopher Street Day 2013

„I See You as Part of Diversity“

Unter diesem Motto waren wir auch beim „Internationalen Tag gegen Homophobie“ am 17. Mai dabei. An zentralen Plätzen wurde mit Infoständen und Aktionen zum Abbau von Homophobie aufgerufen. Zum landesweiten Aktionstag 2012 wurde z.B. mit dem Bundestagsabgeordneten Stefan Rebmann in Mannheim ein Schweigemarsch zum ehemaligen Gestapo-Quartier im Polizeipräsidium durchgeführt. Mit einer Schweigeminute wurde der Opfer des Nazi-Regimes gedacht. Zeitgleich fand in Mannheim auch der deutsche Katholikentag statt. Hier haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Auf Initiative der elsässischen Homosexualität und Socialisme (H.E.S.) der elsässischen Sozialisten (PS) wurde mit den Schwusos Baden-Württemberg eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vereinbart. Zum 50-jährigen Jubiläum des Elysee-Vertrages traf man sich zu einer ersten gemeinsamen Landesvorstandssitzung. Am CSD Karlsruhe nahmen beide Gruppen an der Demo-Parade und dem anschließenden Hoffest teil.

Zum Gegenbesuch bei der „Marche des Visibilités“ in Straßburg wurde angekündigt, erstmals gemeinsame Forderungen zur Europawahl aufzustellen. Gerade die zunehmende Homophobie in zahlreichen osteuropäischen Staaten muss Konsequenzen in der Europapolitik haben. Im Hinblick auf die neuen Gesetze in Russland muss die Europäische Union eine konsequentere Haltung einnehmen und die Rechte der LGBTI in EU- und Nicht-EU-Ländern stärken. Dass es auch in Ländern mit einer längeren Tradition der Gleichstellung immer wieder zu Rückschlägen kommen kann, zeigten zuletzt die Pro-

teste in Frankreich. Gleichzeitig ist das Land mit seiner konsequenten Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare Vorbild für Europa.

Höhepunkt des Besuchs in Straßburg war die persönliche Begegnung mit der französischen Justizministerin Christiane Taubira. Mit einer deutsch-französischen Stimme sprechen! Wir wollen gemeinsame Anliegen im Vorfeld zu den Europawahlen 2014 sammeln, bündeln und gemeinsam bei den entsprechenden Parteitagen in Deutschland und Frankreich einbringen. Wir werden uns am Gay Pride (CSD) in Straßburg am 15. Juni 2013 beteiligen. Eine Teilnahme möglichst vieler Genossinnen und Genossen wäre wünschenswert. Wir freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit.

Gründung der AG der Lesben und Schwulen in der SPD, Regionalverband Südbaden-West (Schwusos RV-SBW)

Nach über einem halben Jahr Vorbereitung und Überwindung etlicher Hürden war es am 4. Mai endlich so weit: Der Regionalverband Schwusos Südbaden-West wurde gegründet. Damit ist es der Arbeitsgemeinschaft gelungen, endlich auch „in die Fläche“ zu kommen und im ländlichen Raum Fuß zu fassen. Die Schwusos BW werden in dieser Richtung weiterarbeiten.

Sonstige Aktivitäten

Verschiedene Anträge wurden eingebracht, wie z. B. die Beamtengleichstellung, Änderung Grundgesetz Artikel 3, Asylrecht, Gleichstellung der Ehe und viele mehr. Den Wahlkampf vor Ort unterstützen die Schwusos mit verschiedenen Aktionen. Für die regelmäßige Berichterstattung erscheint der Regenbogen-Kurier viermal im Jahr.

Weitere Genossinnen und Genossen sind uns jederzeit herzlich willkommen. Arbeitet bei uns mit, damit unsere Gesellschaft sich verändert und öffnet sowie die Vielfalt der Menschen erkennt und schätzt.

Für den Landesvorstand
Hans-Peter Alter
Vorsitzender



Die Schwusos auf dem Christopher Street Day 2013

AfB – Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Baden-Württemberg wurde am 28. April 2012 in Bruchsal gegründet. Hierbei wurden Gerhard Kleinböck zum Vorsitzenden, Sabine Leber-Hoischen und Norbert Theobald zu seinen StellvertreterInnen sowie Julien Bender, Jutta Dongus, Rita Burster und Atilla Ihtiyar zu Beisitzern gewählt.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es Räume, für spannende und konstruktive Diskussionen über die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems zu schaffen. Die Mitglieder der AfB Baden-Württemberg setzen sich für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ein und sehen gleiche Chancen und beste Bildung als grundlegende Menschenrechte.

Im vergangenen Jahr traf sich die Arbeitsgemeinschaft mindestens im dreimonatigen Rhythmus zu einem regelmäßigen Austausch. Im Zentrum der ersten Treffen standen die geplanten Einsparungen im Bildungsbereich. In einem Antrag auf dem Landesparteitag in Wiesloch kritisierte die AfB BW die planlose Streichung von Lehrerstellen und forderte eine umfassende Evaluierung der Ressourcen.

Einen intensiven Austausch gibt es mit den benachbarten Arbeitsgemeinschaften für Bildung in Hessen und Rheinland-Pfalz. Ein wichtiges gemeinsames Thema ist die „Ganztagschule“. Es fanden mehrere länderübergreifende Treffen statt. Höhepunkt der Kooperation war am 27. April 2012 der erste Bildungskongress in Viernheim. Durch Work-

shops und eine Podiumsdiskussion, an der unter anderem Andreas Stoch und Thorsten Schäfer-Gümbel teilnahmen, setzten sich die Teilnehmer mit dem Thema „Ganztagschule“ auseinander. Der Bildungskongress war ein voller Erfolg und soll im nächsten Arbeitsjahr fortgeschrieben werden.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die „frühkindliche Bildung“. In Heilbronn organisierte die AfB BW hierzu eine landesweite Veranstaltung, die großen Zuspruch auch außerhalb der Partei fand.

Die AfB BW versteht sich als Bindeglied zwischen Landesregierung, Basis und Experten innerhalb und außerhalb der Partei. Die regelmäßigen Treffen mit Kultusminister Andreas Stoch und weiteren bildungspolitischen Akteuren soll im nächsten Jahr weiter ausgebaut werden. Wir unterstützen die Arbeit der Landesregierung, indem wir den bildungspolitischen Prozess kritisch begleiten und die Basis für eine gute Kooperation herstellen.

Bildungspolitik ist vor allem auch ein kommunalpolitisches Thema. Wir wollen deshalb Initiativen vor Ort stärker vernetzen. Aus diesem Grund nehmen wir an vielen regionalen bildungspolitischen Veranstaltungen, wie z.B. in Kronau zum Thema „Gemeinschaftschule“, teil und bieten den Organisatoren unsere Unterstützung an.

In einem Brief an die Kreisverbände werben wir um den Aufbau eines bildungspolitischen Netzwerks. Die AfB BW möchte sich auf diesem Wege für die Rückmeldungen bedanken und weitere Genossinnen und Genossen ermuntern, sich zu melden. Weitere Informationen gibt es auf unserer Homepage unter: www.afb-spd-baden-wuerttemberg.de

Julien Bender und Sabine Leber-Hoischen
für die AfB Baden-Württemberg



Bildungskongress in Viernheim mit Laurien Simon Wüst, Andreas Stoch, Thorsten Schäfer-Gümbel, Sabine Leber-Hoischen und Hans Beckmann

Netzwerk SelbstAktiv

Den Arbeitskreis Netzwerk SelbstAktiv gibt es seit 2009 in Baden-Württemberg. Unser Ziel ist es, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung als Bestandteil einer ganzheitlichen Gesellschaftspolitik zu verankern. Wir sind ein offener Arbeitskreis, d.h., das Netzwerk steht allen Menschen offen, die sich daran beteiligen wollen, ob mit oder ohne Handicap, ob mit oder ohne Parteibuch.

Wir treffen uns regelmäßig, meist in Stuttgart. An Sitzungen und Veranstaltungen auf Landes- und Bundesebene nehmen wir nach Möglichkeit teil. Auf Landesparteitagen präsentieren wir uns stets mit einem Info-Stand.

Zur Fachtagung „Inklusion und Sport“ mit Martin Gerster MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Sport der SPD-Bundestagsfraktion, haben wir im Februar 2013 eingeladen. Bei der öffentlichen Podiumsdiskussion des Hartmann-Bundes zum Thema „Patientenrechtsgesetz – Risiko oder Chance für bessere medizinische Versorgung kranker Menschen“ haben sich Vertreter von SelbstAktiv beteiligt.

Ende April 2013 fand die Landesversammlung mit Neuwahlen des Sprecherrats statt. **Walter Leyh** wurde als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt, zu seinen Stellvertretern wurden **Michael Bachmann, Marika Ewert, Claudia Holz-Schippers** und **Jens Jäger** gewählt. Als weitere Mitglieder gehören **Bärbel Sonnenmoser, Andreas Lanio, Steve Schmidt** und **Anita Fitz** dem Sprecherrat an.

An der konstituierenden Bundeskonferenz am 4. Mai 2013 in Berlin nahm Baden-Württemberg mit sechs Gästen teil. Dabei wurde Marika Ewert als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt.

Wie wir uns in Baden-Württemberg stärker verankern können, haben wir in einem Gespräch mit der Generalsekretärin Katja Mast intensiv erörtert. Derzeit bemühen wir uns, auch auf Kreisebene SelbstAktiv-Gruppen zu gründen. So fand z.B. im Juli die Gründungsversammlung im Kreisverband Mannheim statt.

Walter Leyh
Landessprecher Netzwerk SelbstAktiv

SGK–Sozial- demokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

Inhaltliche Arbeit

Im Berichtszeitraum haben wir uns vor allem mit der Landespolitik und ihren Auswirkungen auf die Kommunen beschäftigt. Zu den Sitzungen des SGK-Landesvorstands hatten wir häufig Referentinnen und Referenten aus den Ministerien zu Gast, die uns über aktuelle Vorhaben informiert haben. Innenminister Reinhold Gall ist einer unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden und nimmt regelmäßig an unseren Sitzungen teil, was den Informationsfluss ungemein befördert. Auch der Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion klappt gut. Auf SPD-Landesparteitagen sind wir antragsberechtigt und haben uns sowohl bei der Erstellung des Regierungsprogramms als auch bei den anderen Parteitagen inhaltlich eingebracht. Das zweite Halbjahr 2011 und das erste Halbjahr 2012 standen ganz im Zeichen der zu erwartenden Reformen bei Gemeindeordnung und Kommunalwahlgesetz. Seit Januar 2012 hat zudem in sechs Sitzungen eine Arbeitsgruppe zum Thema Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg getagt, die mit SGK-Mitgliedern aus unterschiedlichen kommunalen Bereichen und Ebenen besetzt war. Das Ergebnis dieser Beratungen findet ihr übrigens in unserem Antrag zu diesem SPD-Landesparteitag. Einen weiteren großen Anteil unserer Arbeit nimmt die Beratung in Anspruch. Regelmäßig erreichen uns inhaltliche und rechtliche Fragen aus den Kreisverbänden und Fraktionen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen bedanken, die uns bei der Beantwortung solcher Fragen helfen, wenn wir selbst mal nicht weiterkommen. Zurzeit arbeiten wir zudem in einer Arbeitsgruppe der Landes-SPD mit, die ein Nachwuchsförderprogramm für die Kommunalwahl 2014 erarbeitet und durchführt.

Veranstaltungen

Neben unseren internen Veranstaltungen wie Landesvorstandssitzungen und zwei Klausurtagungen führen wir Fachveranstaltungen durch, die auch für interessierte Nicht-Mitglieder offen sind. Dazu gehören unsere Fach-

konferenzen genauso wie die neue dezentrale Veranstaltungsreihe „SGK vor Ort“, die im Frühsommer 2012 mit einer sehr gut besuchten Besichtigung des Bürgerwindrads in Ingersheim (Kreis Ludwigsburg) startete. Fest etabliert hat sich unser Wanderwochenende zu Beginn der Sommerferien.

Mitgliederentwicklung und Medien

Unsere Mitgliederzahl ist stabil. Wir haben – Stand 31. Dezember 2012 – 2001 Mitglieder. Es gilt, diese Zahl zu halten, besser noch auszubauen, da wir uns rein aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren und ein hoher Organisationsgrad grundsätzlich erstrebenswert ist. Wir werden die Kommunalwahlen 2014 zur intensiven Mitgliederwerbung nutzen. In der kommunalpolitischen Zeitschrift DEMO sind wir in jeder Ausgabe mit einem eigenen Baden-Württemberg-Teil vertreten, der uns auch als innerverbandliches Informationsorgan dient. Alle Splits der letzten Jahre findet ihr im Internet unter www.sgk-bw.de. Unsere Homepage ist stets so aktuell wie möglich und seit einiger Zeit sind wir auch bei Facebook vertreten (www.facebook.com/sgkbw). Wir würden uns freuen, wenn euch das gefällt :-)

Bürgermeister/innen

Ein Dauerthema bleiben die Bürgermeister/innen-Wahlen und die Besetzung von Dezerntenstellen. Erfreulicherweise sind in den vergangenen beiden Jahren einige Sozialdemokraten an die Spitze von Rathäusern in Baden-Württemberg gerückt und auch wiedergewählt worden. Stellvertretend erwähnen wir an dieser Stelle den ehemaligen Juso-Landesvorsitzenden Frederick Brütting, der Ende 2012 zum Bürgermeister der Stadt Heu-

bach gewählt wurde, Dr. Frank Mentrup, der in einem fulminanten ersten Wahlgang zum OB der Stadt Karlsruhe gewählt wurde, unseren Landesvorsitzenden Hermann-Josef Pelgrim, der zum zweiten Mal in Schwäbisch Hall wiedergewählt wurde, und Dr. Andreas Osner, der auf Vorschlag der SPD-Fraktion zum Ersten Bürgermeister der Stadt Konstanz gewählt wurde.

Mitglieder im SGK-Landesvorstand

Gewählt auf der LDK am 22.6.2013
in Heilbronn

OB Hermann-Josef Pelgrim, Schwäbisch Hall
(Vorsitz)

Reinhold Gall MdL, Obersulm, BM

Anton Knapp, Hüfingen, BM

Monika Müller, Pforzheim

Annette Sawade MdB, Schwäbisch Hall
(Stellvertreter/innen)

Harald Friese, Heilbronn (Schatzmeister)

Manfred Ruckh, Waldenbuch
(Schriftführer)

Christoph Beil, Altlußheim

Ariane Bergerhoff, Stuttgart

Saskia Esken, Bad Liebenzell, BM

Martin Funk, Ohmden

Anita Fitz, Konstanz, BM

Michael Geggus, Baden-Baden

Angela Godawa, Balingen

Hidir Gürakar, Bad Säckingen, BM

Alexander Guhl, Bad Säckingen

Yvette Melchien, Karlsruhe

Renate Knauss, Bretten, BM

Herbert Krüger, Neckartenzlingen

Dorthee Kühne, Ulm

Kerstin Skodell, Hüfingen, BM

Reiner Ullrich, Alpirsbach

Dr. Boris Weirauch, Mannheim
(Beisitzer/innen)



Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

4

Fachbeiräte und Foren

Fachbeirat Wirtschaft

Fachbeirat Bildung und Kultus

Fachbeirat Arbeit, Gesundheit und Soziales

Fachbeirat Integration

Fachbeirat Europa

Fachbeirat Innen

Fachbeirat Justiz

Fachbeirat Verkehr

Fachbeirat Umwelt

Fachbeirat Wissenschaft

Sportbeirat

Polizeibeirat

Beirat Netzpolitik

Christinnen und Christen in der SPD

Forum eine Welt

Projekt 150 Jahre SPD

Fachbeirat Wirtschaft

Sprecher des Fachbeirats Wirtschaft sind Rudolf Luz für den Landesvorstand und Klaus Maier für die Landtagsfraktion. In einer konstituierenden Sitzung wurden die Schwerpunkte der Arbeit des Fachbeirats festgelegt. Hauptziel ist die bessere Vernetzung der Arbeit von Regierung, Landtagsfraktion und Partei.

Der Fachbeirat organisierte gemeinsam mit dem Landesvorstand die Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg“, unter deren Dach im ganzen Land Veranstaltungen stattfanden.

Unter Federführung des Fachbeirats wurde der Leitantrag „Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg. Exportland Baden-Württemberg – industrielle Kerne sichern“ erarbeitet, der vom Landesparteitag am 29. September 2012 mit breiter Mehrheit beschlossen wurde.

Tina Werner

Fachbeirat Bildung und Kultus

Aufgabe der Fachbeiräte ist es, die Vernetzung und den inhaltlichen Austausch zwischen Partei, Landtagsfraktion, Ministerien und Multiplikatoren zu koordinieren. So fanden im Jahr 2012 zwei Treffen unter breiter Beteiligung von Partei, Verbänden und Gewerkschaften in der SPD-Landesgeschäftsstelle statt. Darüber hinaus organisierte der Fachbeirat eine Diskussionsrunde mit der damaligen Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer im Kulturzentrum Merlin e.V. in Stuttgart.

Leider war es nicht möglich, diese Arbeit unter Einbeziehung aller Akteure so fortzusetzen, dass dies dem Anspruch eines Beirats entsprochen hätte. Daniela Harsch, die für das SPD-Präsidium den Beirat verantwortete, gab die Koordinierung des Beirats daraufhin im Frühjahr 2013 ab. Es erfolgte keine Nachbesetzung.

Daniela Harsch

Fachbeirat Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die Ziele des Fachbeirats sind:

- Verzahnung und Koordinierung der politischen Arbeit von Landesverband, Landtagsfraktion und der Landesregierung, hier mit dem Sozialministerium
- Begleitung der Umsetzung des Koalitionsvertrags
- Enger Austausch mit sozialen und ökologischen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen

Für die Koordination sind verantwortlich:

Leni Breymaier und Hilde Mattheis
(Landesvorstand)

Rainer Hinderer (Landtagsfraktion)

Roland Klose (Parlamentarischer Berater der LTF)

Gudrun Igel-Mann (Landesgeschäftsstelle)

Im Zeitraum Mai 2012 bis Juni 2013 hat der Fachbeirat AGS insgesamt dreimal getagt (2. Mai 2012, 3. Dezember 2012 und 7. Juni 2013). Zur Vertiefung und Konkretisierung der Arbeit wurden insgesamt fünf Unterarbeitsgruppen eingerichtet – zu folgenden Themen:

- **Arbeit** (verantwortlich Rainer Hinderer)
- **Gleichstellung** (verantwortlich Leni Breymaier)
- **Gesundheit und Pflege** (verantwortlich Hilde Mattheis)
- **Rente** (verantwortlich Leni Breymaier)
- **Soziales und Armut** (verantwortlich Hilde Mattheis und Rainer Hinderer)

Themen im Fachbeirat und in den Unterarbeitsgruppen waren:

- Gute und sichere Arbeit – sozialer Arbeitsmarkt, Landesarbeitsmarktprogramm
- Situation am Arbeitsmarkt, arbeitsmarktpolitische Instrumente
- Antrag Bundestagsfraktion „Sozialer Arbeitsmarkt“
- Tariftreugesetz
- Armuts- und Reichtumsbericht der Bundes- und der Landesregierung
- Kampagne gegen Armut
- Bildungs- und Teilhabepaket
- Situation der Schuldnerberatung

- Situation wohnungsloser Menschen
- Gesundheitsdialog und Gesundheitskonferenzen im Land
- Landesumsetzungsplan Behindertenhilfe, Inklusion
- Pflegereform und Fachkräftesituation in der Pflege
- Auswirkungen der Verwaltungsreform in der Eingliederungshilfe
- Eckpunkte Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)
- Beratung und Stellungnahme zu Anträgen vom Landesparteitag am 2. März 2013 („Reform Gründungszuschuss zurücknehmen“ und „Sozialgesetzbücher und Bundesversorgungsgesetz ändern“)
- Krankenhausfinanzierung, Krankenhausplanung und Krankenhaushygiene
- Situation des Pflegepersonals und Situation an den Krankenhäusern
- Pflegekonzept, Pflegestandards und Heimaufsicht
- Psychatriekonzept
- Aussagen im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl in den Bereichen Gesundheit und Pflege insbesondere das Finanzierungskonzept einer Bürgerversicherung

Die Unterarbeitsgruppen haben sich jeweils zwischen ein und drei Mal getroffen. Die Teilnehmerzahl des Gesamtfachbeirats schwankte zwischen 15 und 30. In den Unterarbeitsgruppen waren durchschnittlich ca. 15 Personen beteiligt.

Die Themen wurden mit den Teilnehmenden aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Versicherungen und Organisationen beraten. Über die politischen Ziele und Strategien der SPD und der Fraktionen im Bundes- und Landtag und über das Regierungshandeln wurde informiert; über die Inhalte wurde intensiv diskutiert. Anregungen und Vorschläge von den Sozialpartnern wurden aufgenommen.

Im Arbeitsprozess zeigte es sich, dass es in den Unterarbeitsgruppen zum Teil personelle und thematische Überschneidungen gab. In der Folge wurden deshalb z.B. die Unterarbeitsgruppen „Arbeit“ und „Armut und Soziales“ zusammengeführt.

Vonseiten des Sozialministeriums erfolgte eine sehr gute und verlässliche Zuarbeit zu den Treffen des Fachbeirats. Die Ministerin oder eine Vertretung aus der Zentralstelle waren bei den Sitzungen anwesend.

Schwierig gestalteten sich mitunter die Terminkoordination und Terminfindung zwischen den verschiedenen Ebenen. Die ursprünglich geplante Beteiligung bzw. Einbindung der Arbeitsgemeinschaften der SPD gelang nur unzureichend.

Die in der letzten Sitzung des Fachbeirats (7. Juni 2013) anwesenden Teilnehmer/innen würden eine Konzentration und Bündelung der Arbeit der Fachbeiräte begrüßen.

Rainer Hinderer MdL
Hilde Mattheis MdB
Leni Breymaier



Fachbeirat Integration

Die Aufgabe des Fachbeirats Integration war in den vergangenen zwei Jahren die bessere Vernetzung von Partei, Landtagsfraktion, Landesregierung und Bundestagsfraktion, damit eine auf Ergebnisse ausgerichtete Integrationspolitik in Regierungsverantwortung fortgeführt werden kann.

Zur Weiterentwicklung der inhaltlichen Schwerpunktsetzung des Querschnittsthemas Integration wurde bei allen Sitzungen Wert darauf gelegt, Expertinnen und Experten in den jeweiligen Arbeitsfeldern einzubinden und einen engen Kontakt mit dem Integrationsministerium zu halten.

Die daraus resultierenden Synergieeffekte ermöglichten es dem Fachbeirat Integration, Schwerpunkte in der politischen Arbeit der SPD Baden-Württemberg zu setzen, kritische Themen zeitnah aufzuarbeiten, mögliche Lösungen zu präsentieren und damit das Profil der SPD als Integrations- und Teilhabepartei zu schärfen.

Seit dem ersten Gründungstreffen am 5. Mai 2012 fanden fünf weitere Treffen innerhalb von zwei Arbeitsjahren statt. Durch die umfassende Analyse des Themas Migrantenökonomie des AK Wirtschaft im Fachbeirat Integration in Kooperation mit dem Integrationsministerium und führenden wissenschaftlichen Instituten und Organisationen

auf Landes- und Bundesebene (u.a. IAB, ZEW) wurden zwei konkrete Vorschläge für öffentliche Fachveranstaltungen des Fachbeirats Integration zum Thema Migrantenökonomie entwickelt.

Basierend auf diesen Ergebnissen hat der Fachbeirat Integration mit seiner thematischen Arbeit einen Part im Leitantrag erhalten: „Wirtschaftspolitik. Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg. Exportland Baden-Württemberg – industrielle Kerne sichern“. Des Weiteren konnte die durch den Fachbeirat Integration erarbeitete Resolution „Moderne Integrationspolitik für eine offene und tolerante Gesellschaft“ auf dem Landesparteitag im Herbst beschlossen werden.

Mit der öffentlichen Veranstaltung „Fachbeirat vor Ort“ hat sich der Fachbeirat Integration der Situation der irakischen Yesiden in Pforzheim angenommen und gemeinsam mit Vertretern der Kommune, Schulen und dem Kultusministerium über die schwierige Lage vor Ort diskutiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt. Diese Fachveranstaltung fand ein positives Echo in der Presse vor Ort.

Seit Herbst 2012 fokussiert der Fachbeirat Integration die Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten für die Kommunalpolitik. Erste Impulse konnten innerhalb des Nachwuchsförderkonzepts des SPD-Landesverbands gesetzt werden.

Josip Juratovic MdB



**FÜR EINE OFFENE UND
TOLERANTE GESELLSCHAFT**

Fachbeirat Europa

Der Fachbeirat Europa hat sich in den vergangenen zwei Jahren die bessere Vernetzung von Partei, Landtagsfraktion, Landesregierung, Bundestagsfraktion und Europafraktion zur Aufgabe gemacht.

Über seine Mitglieder vereint der Fachbeirat ein großes europapolitisches Fachwissen. Besonders wichtig sind den Mitgliedern des Fachbeirats die Kommunikation mit den Europaabgeordneten und Minister Friedrich, die regelmäßig an den Sitzungen teilgenommen haben.

Während seiner zweijährigen Tätigkeit hat der Fachbeirat Europa sich intensiv mit aktuellen europapolitischen Themen beschäftigt und über Anträge und Stellungnahmen an der europapolitischen Profilierung der Landespartei mitgewirkt.

Durch die regelmäßigen Treffen konnte der Antrag „Ein vereinigt und soziales Europa“ erarbeitet und die Resolutionen „Wasser ist ein Menschenrecht“ und „Unser Europa: Sozial und demokratisch“ Teil der baden-württembergischen SPD-Beschlusslage werden.

Nach der ersten Sitzung am 26. Mai 2012 fanden sechs weitere Sitzungen statt. Besonders herauszuheben ist dabei das Fachgespräch zum baden-württembergischen Tariftreugesetz am 1. Dezember 2012. Diskutiert haben Evelyne Gebhardt MdEP, Peter Hofelich MdL, Vorsitzender des Europaausschusses des Landtages und ehrenamtlicher Regierungsbeauftragter für Mittelstand und Handwerk für Baden-Württemberg, Ralph Weinbrecht, stellvertretender Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD, Karl-Heinz Zimmermann (EVG), Gewerkschaftssekretär, Uwe Zimmermann, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Josip Juratovic MdB, Rudolf Hausmann, Landesfachbereichsleiter Verkehr und ehemaliger arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Dr. Eberhard Natter, stellvertretender Landesvorsitzender der ASJ und Präsident des Landesarbeitsgerichts.

Ergebnis des Fachgesprächs war, dass, solange ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von der schwarz-gelben Bundesregierung ver-

hindert wird, eine Stärkung des Flächentarifvertrags sowie Tariftreugesetze in den Ländern geeignete Maßnahmen sind, um für gerechte Löhne in Deutschland zu sorgen.

Josip Juratovic MdB

Fachbeirat Innen

Dem Fachbeirat Innenpolitik gehören Vertreter/innen des SPD-Landesvorstands, der Landtagsfraktion, der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, des Innenministeriums, des Polizeibeirats und der ASF an. Der Beirat wird geleitet von Dejan Perc, Hendrik Bednarz (beide SPD-Landesvorstand) und Nikolaos Sakellariou (innenpolitischer Sprecher und Polizeisprecher der Landtagsfraktion).

Im Berichtszeitraum hat der Fachbeirat zur Vorbereitung eines Landesparteitagsantrags zum Thema „Alkoholkonsumverbot“ ein Expertenhearing durchgeführt. Außerdem bereitete der Beirat den vorgenannten Antrag vor, den der Landesvorstand auf dem Landesparteitag in Wiesloch zur Diskussion und Abstimmung stellte.

Daneben traf sich der Beirat mit weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Landtagsfraktion und Partei zu einem Austausch zum Thema „geschlechtergerechtes Wahlrecht“. Nach Einholung gutachterlicher Stellungnahmen durch die Landtagsfraktion konnte zwischen dieser und dem Landesvorstand zumindest eine Teileinigung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Zukunft des Kommunalwahlrechts erreicht werden. Eine gemeinsame Positionierung im Hinblick auf eine Reform des Landtagswahlrechts hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit war nach Einschätzung der Unterzeichner jedoch aussichtslos.

Hendrik Bednarz
Dejan Perc

Fachbeirat Justiz

Die Einrichtung von Fachbeiräten wurde im November 2011 vom Landesvorstand beschlossen. Dem Fachbeirat Justiz gehören Vertreterinnen und Vertreter von Landesvorstand, ASJ, Landtagsfraktion und Justizministerium an. Er wird geleitet von Hendrik Bednarz und dem rechtspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, seit Januar 2013 ist das Sascha Binder.

Im Berichtszeitraum hat sich der Fachbeirat zu einer Sitzung getroffen. Schwerpunktthemen waren dabei der Beschäftigten-Datenschutz, das Landespersonalvertretungsgesetz, Stufenvertretung sowie die Unabhängigkeit der Justiz.

An der Klausurtagung der ASJ im Mai 2013 haben die beiden Leiter des Fachbeirats stundenweise teilgenommen.

Hendrik Bednarz
Sascha Binder MdL

Fachbeirat Verkehr und Mobilität

Der Fachbeirat Verkehr sieht sich als Vermittler und Koordinator der politischen Arbeit zu den Themen Verkehr und Mobilität zwischen Partei, Regierungsmitgliedern und Mandatsträgern in Bund und Land. Darüber hinaus sollen ebenfalls Interessenvertreter (z.B. Gewerkschaften, Verbände, NGOs etc.) in den Dialog eingebunden werden. Er soll gleichsam als eine Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen dienen.

Seine Aufgaben sieht der Fachbeirat Verkehr insbesondere darin, Konzepte und Maßnahmen für die Auseinandersetzung mit langfristigen Herausforderungen im Bereich von Mobilität und Logistik zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere die anstehenden Entwicklungen hinsichtlich des demografischen Wandels, der Ressourcenverknappung und des Klimaschutzes zu nennen. Umweltfreundliche Mobilität, Mobilität im ländlichen Raum, Erhalt der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur, Logistik bzw. Güterverkehr als Rückgrat der Wirtschaft und Maßnahmen und Instrumente wurden entsprechend diskutiert.

Im Mittelpunkt standen bei den Diskussionen und Gastreferaten der Aus- und Neubau, die Sanierung und die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur und der ÖPNV. Bei der Finanzierung war man sich einig, dass zwischen privater und gewerblicher Nutzung unterschieden werden muss. Während ein durch gewerbliche Nutzung hervorgerufener Erhaltungsbedarf bei Straßen durch Nutzer finanziert werden soll, ist der durch private Nutzung weiterhin aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren. Die Schaffung effizienter Systeme für den Bau und den Betrieb der Verkehrsinfrastruktur beinhaltet auch eine stärkere Berücksichtigung der Daseinsvorsorge und der Nachhaltigkeit. Für die Zukunft ist der Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis, NGOs und Politik noch zu intensivieren und zu verstetigen, um konzeptionell gemeinsam Lösungen zu entwickeln.



Umweltbeirat

Stadt, Land, Fluss

Der Fachbeirat Umwelt der SPD Baden-Württemberg – das sind engagierte Menschen aus kommunalen Parlamenten, aus Landtag, Bundestag, aus Umweltverbänden und Vereinen, aus Ortsvereinen und Kreisverbänden der SPD, aus Unternehmen, die einen Schwerpunkt auf nachhaltige Entwicklung setzen ...

Ansprechpartner des Fachbeirats Umwelt sind die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Elvira Drobinski-Weiß und der Landtagsabgeordnete Johannes Stober. Der Fachbeirat Umwelt ist auch per E-Mail zu erreichen unter: umweltbeirat@spd-stadtlandfluss.de

Mehr Informationen über die inhaltliche Arbeit und die Veranstaltungen des Fachbeirats seit 2008 gibt es hier: www.spd-stadtlandfluss.de

Was bisher geschah ...

15. September 2011

„Nachhaltige Politik in der Regierungsverantwortung“

Vernetzungstreffen in Karlsruhe zu den Leitlinien sozialdemokratischer Regierungspolitik auf Landesebene in den Bereichen Umwelt, und Energie. Diskussion mit den Schwerpunkten Windkraft und Nationalpark. Mit Vertreterinnen und Vertretern der Naturfreunde und des BUND.

17. September 2011

„Nationalpark Nordschwarzwald“

Fachlich geführter Rundgang durch einen Teil des zukünftigen Nationalparks Nordschwarzwald durch Dr. Wolfgang Schlund, Leiter des Naturschutzzentrums Ruhstein, und Dr. Thomas Waldenspuhl, forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg.

23. Februar 2012

Begleitung Landespolitik & Veranstaltungsplanung

Treffen im Stuttgarter Landtag, Diskussion mit den Schwerpunkten Nationalpark, Umweltbildung, Agrarwende, Nachhaltigkeitsstrategie, Fracking, dezentraler Ausbau der Energienetze. Mit Vertreterinnen und Vertretern der Naturfreunde, des LNV, des BUND und des Bundesverbands Boden.

15. Mai 2012

„Konkrete Schritte für Klimaschutz im Land“

Besuch des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung in Stuttgart-Vaihingen (ZSW). Präsentation der Studie über die Kosten der Umstrukturierung des Stromsektors inklusive Netzausbau. Mit Vertreterinnen und Vertretern von NABU, Bundesverband Boden, BUND, Deutsche Umweltstiftung und LNV.

27. Juli 2012

„Die Energiewende im Land voranbringen“

Treffen im Stuttgarter Landtag – Beratung eines Antrags für den SPD-Landesparteitag gemeinsam mit der Landtagsfraktion und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Umweltverbänden.

12. November 2012

„Schließung des AKW Fessenheim“

Treffen im Landtag Stuttgart – Diskussion um aktuelle Fragen der Landespolitik in den Bereichen Umwelt und Energie mit dem Schwerpunktthema Schließung des AKW Fessenheim nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich. Mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesverbands Boden und des LNV.

25. Januar 2013

„Wer bezahlt die Energiewende?“

Besuch des Öko-Instituts in Freiburg und Diskussion nach einer Präsentation von Prof. Dr. Rainer Grießhammer, Mitglied der Geschäftsführung. Schwerpunktthema: Wie verteilen sich die Kosten der Energiewende, wie kann die Energiewende sozial gerecht finanziert werden?

Im Vorfeld fand ein weiteres Treffen statt: Gesprächstermin mit Prof. Dr. Werner Konold, Leiter des Instituts für Landespflege, Sprecher des Deutschen Rats für Landespflege an der Uni Freiburg und Mitglied im Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg. Themen des Gesprächs waren unter anderem Naturschutz und Landespflege, Großschutzgebiete (Biosphärengebiet Südschwarzwald, Nationalpark Nordschwarzwald), Entwicklungsperspektiven für den Ländlichen Raum in Baden-Württemberg, Energiewende in Baden-Württemberg: Konflikte mit dem Naturschutz?

Darüber hinaus gab der Fachbeirat Umwelt in den vergangenen zwei Jahren Impulse für Veranstaltungen, die von der Landtagsfraktion oder von Bundestagsabgeordneten umgesetzt wurden.

Unsere weitere inhaltliche Arbeit ...

Nach dem wegweisenden Antrag „Eine nachhaltige Politik für Baden-Württemberg“, den der Umweltbeirat 2007 über den Landesvorstand eingebracht hatte und der vom Landesparteitag in Fellbach beschlossen wurde, hat der Fachbeirat Umwelt 2012 einen neuen Antrag zur Energiepolitik erarbeitet. Unter dem Titel „Die Energiewende im Land voranbringen“ wurde er von den Delegierten auf dem Landesparteitag in Wiesloch 2012 beschlossen.

Elvira Drobinski-Weiß MdB

Fachbeirat Wissenschaft

Der Fachbeirat Wissenschaft wird geleitet von Lars Castellucci für den Landesvorstand und Martin Rivoir für die Landtagsfraktion. Nach dem Spitzentreffen 2012 in Bad Boll kam der Fachbeirat zu weiteren Gesprächen mit dem Arbeitskreis Wissenschaft, Forschung und Kunst der SPD-Landtagsfraktion zusammen. Dabei entstand unter anderem die Idee, den Austausch mit Genossinnen und Genossen aus dem Wissenschaftsbereich zu aktuellen Fragen der Wissenschaftspolitik voranzutreiben. Am 16. Juli 2013 fand der erste „Think Tank Wissenschaft“ in den Räumlichkeiten der SPD-Landtagsfraktion statt. Ziel des Think Tank ist es, mit sozialdemokratischen Ideengebern aus der Wissenschaft über die Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Baden-Württembergs nachzudenken und zukunftsfähige, innovative Lösungen zu finden. Das nächste Treffen des Think Tank Wissenschaft findet im Herbst 2013 statt.

**Malin Melbeck
Tina Werner**

DIE ENERGIEWENDE IM LAND VORANBRINGEN



Landessportbeirat

1. Aufgabe und Zusammensetzung

Der SPD-Landessportbeirat trifft sich zwei bis drei Mal im Jahr. Die insgesamt 63 Mitglieder des Sportbeirats sind in erster Linie Personen, die in Sportkreisen und/oder Sportvereinen Baden-Württembergs aktiv sind und der SPD nahestehen. Ziel des Sportbeirats ist ein regelmäßiger Austausch über sportpolitische Themen, geplante Veranstaltungen und Zielsetzungen. Peter Hofelich MdL, der Vorsitzende des Sportbeirats, und Sabine Wölfle MdL, Sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, erläutern in jeder Sitzung parlamentarische Initiativen sowie ggf. geplante sportpolitische Veranstaltungen der SPD-Landtagsfraktion. Darüber hinaus haben Gäste die Möglichkeit, einen Vortrag oder eine Präsentation zu bestimmten sportpolitischen Themen zu halten oder die Arbeit einer im Sportbereich tätigen Stiftung oder eines Verbandes vorzustellen und zu präsentieren.

2. Thematische Schwerpunkte

In den vergangenen zwei Jahren wurden verschiedene Themenbereiche im Sportbeirat behandelt. Schwerpunkte bildeten die Bereiche, die auch im grün-roten Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2011 eine zentrale Rolle spielen:

1. Möglichkeiten der Kooperation zwischen Ganztagschulen und Sportvereinen
2. Bekämpfung von Doping im Sport / Dopingprävention
3. Förderung des Leistungs- und Spitzensports und Möglichkeiten der „Dualen Ausbildung“ für Spitzensportler bei der Polizei und der Landesverwaltung

3. Erreichte Ergebnisse und bislang durchgeführte Veranstaltungen

Die SPD-Landtagsfraktion setzt bei der Sportförderung wichtige Akzente:

Im Februar 2012 hat die Fraktion erstmals ihr sportpolitisches Konzept vor Vertretern der Schulen, Verbände und Vereine präsentiert. Das Konzept hat den Grundstein für eine stärkere Vernetzung und Kooperation von Schulen, Sportverbänden und Vereinen gelegt.



Tag des Sports 2012

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Juni 2012 eine große Anfrage zur „Bedeutung des Sports an unseren Schulen“ (Drucksache 15/1873) eingebracht.

Die SPD-Landtagsfraktion stärkt den Dialog mit Schulen, Verbänden und Vereinen. Sie hat dazu am 13. Oktober 2012 einen „Tag des Sports“ im Landtag in Stuttgart veranstaltet.

Im Februar 2013 hat die SPD-Landtagsfraktion eine große Anfrage zur „strafrechtlichen Bekämpfung von Doping“ (Drucksache 15/ 3093) sowie eine große Anfrage zum Thema „Inklusion im Sport“ (Drucksache 15/3336) eingebracht.

4. Ausblick

Der SPD-Landessportbeirat wird den Dialog mit dem organisierten Sport fortführen und die Themenbereiche Sport und Integration, Sport und Inklusion sowie die „Duale Ausbildung“ von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern auch weiterhin in den Fokus rücken.

Peter Hofelich MdL

Vorsitzender SPD-Landessportbeirat

Sabine Wölfle MdL

Sportpolitische Sprecherin

Polizeibeirat

Die Umsetzungen des Koalitionsvertrags im Bereich der Inneren Sicherheit beschäftigten den Polizeibeirat in den letzten 24 Monaten. Die Polizeistrukturereform war einer der größten Schwerpunkte. Der SPD-Polizeibeirat gab im Rahmen der Beteiligungsmöglichkeit eine Stellungnahme ab. Nach Bekanntgabe des Eckpunktepapiers für die künftige Polizeistruktur in Baden-Württemberg, mit zwölf Flächenpolizeipräsidien, der Hochschule für Polizei mit dem Präsidium Bildung, dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Präsidium Einsatz und dem Landeskriminalamt waren die Mitglieder des SPD-Polizeibeirats gefragt wie noch nie, ebenso nach dem Bekanntwerden der künftigen Standorte der Einrichtungen. Das Ergebnis des von Polizeibeamten entwickelten Eckpunktepapiers entsprach fast den Vorstellungen des SPD-Polizeibeirats. Großes Interesse fand in der Zwischenzeit das Interessenbekundungsverfahren über die künftigen Verwendungen und Dienstorte bei den Polizeibeschäftigten. Das Verfahren ist abgeschlossen, und wie zu erfahren war, konnte die Sozialverträglichkeit zugunsten der Beschäftigten fast 100-prozentig umgesetzt werden. Ein Verdienst unseres Innenministers, der damit alle Schwarzmalerei und -seher sozialdemokratisches Arbeiten lehrte. Die Reform wird zu Beginn des Jahres 2014 umgesetzt, ein richtungweisendes Projekt, das für die nächsten 40 bis 50 Jahre halten wird.

Ein Schritt in Richtung Zweigeteilte Laufbahn konnte ebenfalls in Angriff genommen werden. Im Doppelhaushalt 2013/2014 konnten jeweils 250 Stellenhebungen vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst etabliert werden. Dank dem Einsatz unseres Innenministers Reinhold Gall hat sich auch die finanzielle Lage der Polizei entspannt. Der bisher fast jährlich stattfindende Aufschrei wegen Zahlungsunfähigkeit blieb aus.

Zahlreiche Gespräche mit Ministerinnen und Ministern, den Experten der SPD-Landtagsfraktion, dem SPD-Landesvorsitzenden sowie dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion wurden durchgeführt. Auf der Agenda standen das Thema Elektromobilität auch bei der Polizei – auch als Pilotprojekt möglich? Beamtenbesoldung, Einsparungen im Haushalt in Bezug auf das Verschuldungsverbot ab 2020, Migranten im öffentlichen Dienst und bei der Polizei, Häuser des Jugendrechts, Maßnahmen zur Minimierung der Gewalt gegen Polizeibeamte. Im Fachbeirat Inneres stand für die Mitglieder des Beirats die Formulierung des Antrags des Landesvorstands für ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen zu gewissen Zeiten und erschwerten Bedingungen auf der Tagesordnung. Leider hat der Parteitag im September 2012 dem Antrag des Landesvorstands die Mehrheit versagt. Ein mit dem Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion und dem Polizeibeirat initiiertes Mitgliederbegehren zur Durchführung eines Mitgliederentscheids verfehlte bedauerlicherweise die erforderliche Stimmenzahl.

Martin Zerrinius

Vorsitzender des Polizeibeirats



Beirat Netzpolitik

Der Beirat Netzpolitik hat sich in den letzten beiden Jahren unregelmäßig getroffen, wir haben uns v.a. online per E-Mail ausgetauscht. Wir sind derzeit ungefähr 15 Aktive. Am 28.10.2012 haben wir ein Positionspapier zum Thema Datenschutz verabschiedet. Am 15.12.2012 haben wir einen Workshop zu „Open Source und Open Data“ im Turmforum Stuttgart veranstaltet, zu dem wir den profilierten Internetexperten Alvar Freude als Gastreferenten gewinnen konnten. Daraus haben wir Impulse für das Regierungsprogramm entwickelt, die teilweise Eingang gefunden haben. In 2013 waren wir stark im Gesprächskreis Netzpolitik und Digitale Gesellschaft beim SPD-Parteivorstand engagiert und haben dort die netzpolitischen Inhalte der SPD Baden-Württemberg vertreten. In Kooperation mit dem AK Digitale Gesellschaft der SPD Schleswig-Holstein haben wir ein Beteiligungsportal entwickelt, über das ein netzpolitisches Grundlagenpapier erarbeitet wurde.

Für den Beirat Netzpolitik
Christian Soeder

www.spdbwnetz.de
mitreden.akdigitalegesellschaft.de/
category/abgelaufene-diskussionen/net-
pobtw2013/



Der Beirat Netzpolitik erarbeitet programmatische Impulse für das Regierungsprogramm

Christinnen und Christen in der SPD

In den Gesprächskreisen organisieren sich seit Jahren Christinnen und Christen, die sich sowohl in und für die SPD als auch in Kirchengemeinden engagieren. Die Gesprächskreise sind ökumenisch und werden von Sprecherteams geleitet. Unsere Adressdateien umfassen ca. 1000 Personen. Neben dem landesweiten Gesprächskreis gibt es noch regionale Gesprächskreise, die sich regelmäßig treffen: Arbeitskreise Christen und SPD in Heilbronn, Oberschwaben und Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis und in Oberhausen-Rheinhausen.

Wir beteiligen uns an der innerparteilichen Diskussion und arbeiten aktiv, oft auch als Mandatsträger, in der SPD mit. Viele von uns treffen sich regelmäßig in den Gesprächskreisen „Christinnen/Christen und SPD“, um sich auszutauschen und im Gespräch mit Landtags- und Bundespolitikern ihre Standpunkte einzubringen.

Unter www.christen.bawue.spd.de sind wir auf der SPD-Homepage zu finden.

Sprecherteam Landesebene: Otto Haug,
Stephan Fischer, Rainer Hub, Rainer Lang
und Paul Schobel

Kontaktadresse: Otto Haug,
Bellinostraße 30/2, 72764 Reutlingen,
Tel. 07121/267447, otto.haug@web.de

Kontakt Gesprächskreis Heilbronn:
Sigrid Neutz, Heilbronn, Tel. 0151/26844347
sigrid.neutz@web.de

Kontakt Gesprächskreis Oberschwaben:
Berthold Seeger, Schlehenhang 22,
88400 Biberach, Tel. 07351/28182
berthold.seeger@googlemail.com

Kontakt Gesprächskreis Rhein-Neckar:
Stephan Fischer, Eichenweg 23,
69469 Weinheim, Tel. 06201/185675
stj.fischer@web.de

**Kontakt AK Christen in der SPD
Oberhausen-Rheinhausen:**
Daniel Born

Otto Haug
2. September 2013

Themen und Aktivitäten 2012 und 2013

2011 wurde vom Gesprächskreis ein sozial-politisches Papier zum Thema Gerechtigkeit und Barmherzigkeit erarbeitet.

2. Februar 2012

„**Ein Jahr danach – Afghanistan**“, ein zweites Streitgespräch zwischen Rainer Arnold MdB und Andreas Zumach, Journalist (Stuttgart)

28. Februar 2012

Übergabe des Papiers „Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“ an Sozialministerin Katrin Altpeter und Diskussion unserer Anstöße für eine sozialdemokratische Sozialpolitik (Stuttgart)

13. März 2012

Diskussion des Papiers „Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“ mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion (Stuttgart)

24. April 2012

„**SPD, vorwärts wohin** – Bilanz des 1. Regierungsjahres“, Claus Schmiedel (Stuttgart)

4. Oktober 2012

„**Mut zur Zukunft** – Lebensabschnitte in Würde gestalten“, Rainer Hinderer MdL (Heilbronn)

12. Oktober 2012

„**Der 3. Weg der Kirchen**“, Ottmar Schreiner MdB (Stuttgart)

15. Oktober 2012

„**SPD und christliche Kirchen** – was verbindet, was trennt sie?“, Ingo Rust MdL, Paul Schobel (Biberach)

22. Oktober 2012

Diskussion des Papiers „Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“ mit der Landesgruppe BW in Berlin

13. November 2012

„**Politik und Ethik**“, Josip Juratovic MdB (Stuttgart)

28. Februar 2013

„**Wohlstand durch Wachstum?**“, Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Peter Hofelich MdL (Stuttgart)

23./24. März 2013

Mitwirkung Tagung: „Das Schwerste ist die Glaubwürdigkeit“, Freundeskreis Erhard Eppler (Kloster Kirchberg)

20. Juni 2013

„**Politik zwischen Moral und Ethik**“, Josip Juratovic MdB, Dekan Georg Ottmar (Heilbronn)

16. Juli 2013

„**Gesellschaft und Religion**“, Wolfgang Thierse MdB, Daniel Born (Schwetzingen)

16. Juli 2013

„**Vorsorgender Sozialstaat** – wie finden Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?“, Staatssekretär Prof. Wolfgang Schroeder und Dr. Lars Castellucci (Walldorf)

3. September 2013

Ökumenisches Friedensgebet zum Weltfriedenstag (Oberhausen/Baden)

9. Oktober 2013

„**Bilanz nach der Wahl**“, Ute Kumpf MdB, Annette Sawade MdB (Stuttgart)

21. November 2013

Podiumsdiskussion zur Synodalwahl Evang. Landeskirche Württemberg (Stuttgart)

18. Dezember 2013

„**Armutswanderung aus Osteuropa**“, Evelyn Gebhardt MdE (Stuttgart)

Januar 2014

Fachtagung mit SPD-Fraktion zum Thema: „Neue Sozialpolitik“

Forum Eine Welt

Das Forum Eine Welt der SPD beschäftigt sich mit entwicklungspolitischen Fragen, bringt diese Themen auf verschiedenen Ebenen innerhalb der SPD ein und organisiert selbst Veranstaltungen. Das Forum Eine Welt versteht sich darüber hinaus als Beratungsgremium und Informationsplattform für Entscheidungsträger/innen der SPD in entwicklungspolitischen Angelegenheiten. Dem Forum Eine Welt haben sich über 40 Expertinnen und Experten aus der entwicklungspolitischen Szene, Wissenschaftler/innen, Interessierte, SPD-Mandatsträger/innen sowie deren Mitarbeiter/innen angeschlossen. Das Amt der Sprecherin des Forums Eine Welt hat im Januar 2013 Dr. Elke Ahrens, Bundesgeschäftsführerin des Vereins für internationale Jugendarbeit (VIJ), von Dr. Peter Müller-Rockstroh übernommen, der den Kreis viele Jahre koordiniert und geleitet hat.

Mit dem Amtsantritt des sozialdemokratischen Ministers für Europaangelegenheiten und Internationale Angelegenheiten Peter Friedrich hat das Forum Eine Welt mehr Möglichkeit erhalten, bei der Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg gestaltend mitzuwirken. Im Zentrum der Aktivitäten stand zunächst die Entwicklung von entwicklungspolitischen Leitlinien für das Land Baden-Württemberg. Hierzu wurde als Auftakt für eine gute Zusammenarbeit eine Veranstaltung im Februar 2012 mit Minister Friedrich und weiteren Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern des Forums in den Räumen von Brot für die Welt durchgeführt. Kurz danach startete die Landesregierung den umfassenden und sehr erfolgreichen entwicklungspolitischen Bürgerdialog „Weltbürger gefragt“, an dem viele entwicklungspolitisch aktive Gruppen, aber auch Migrantenverbände sowie Wirtschaft und Wissenschaft beteiligt wurden. Der entwicklungspolitische Dialog wurde auf der Messe Fair Handeln im April 2012 eröffnet. Danach fanden im ganzen Land Bürgerkonferenzen statt, die zu 2.500 Vorschlägen für die zukünftige Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg führten. Die Mitglieder des Forums Eine Welt haben sich aktiv beteiligt und wurden teilweise als Delegierte für spezifische Themenfelder gewählt. Leider war kein Mitglied des Forums im Fachbeirat des „Weltbürger gefragt“-Prozesses. Dieser hat am

18. September auf der Abschlussveranstaltung des Dialogs im Landtag einen Vorschlag für entwicklungspolitische Leitlinien sowie Handlungsempfehlungen der Landesregierung vorgelegt. Die entwicklungspolitischen Sprecher/innen der Parteien, u.a. Rita Haller-Haid (SPD), haben die Ergebnisse diskutiert und gewürdigt. Mit der Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien wurde u.a. die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) beauftragt. Die Leitung der SEZ übernahm im Frühjahr 2013 Rainer Lang, Mitglied im Forum Eine Welt.

Fazit und Ausblick

Das Forum Eine Welt hat nicht immer als Gruppe nach außen agiert, jedoch haben die Mitglieder an strategischen Stellen beratend mitgewirkt. Zukünftig wird die Begleitung der Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg weiter eng begleitet. Angestrebt wird in den nächsten zwei Jahren eine engere Verzahnung mit der Landesregierung und der SEZ, damit Landes-Entwicklungspolitik als SPD-Aktionsfeld erkennbarer und sichtbarer wird.

Elke Ahrens

UMFASSENDE ENTWICKLUNGSPOLITISCHER BÜRGERDIALOG „WELTBÜRGER GEFRAGT“ GESTARTET



Forum Eine Welt, Peter Friedrich mit Hans-Ulrich von Weizäcker

150 Jahre SPD

Jubiläumsbeauftragte

Die Baden-Württembergischen Sozialdemokraten haben sich in den letzten zwei Jahren intensiv mit der Geschichte der SPD auseinandergesetzt. In enger Zusammenarbeit der Jubiläumsbeauftragten der Kreisverbände und dem Fritz-Erler-Forum Stuttgart wurden Feierlichkeiten, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen konzipiert und Ideen bei vier Treffen untereinander ausgetauscht. Insgesamt fanden in allen Kreisverbänden, im Zeitraum von November 2012 bis August 2013, über 78 Veranstaltungen verschiedenster Art zur Geschichte der SPD statt. Ein besonderes Augenmerk fand dabei die historische Aufbereitung der Parteigeschichte vor Ort. Die Veranstaltungen werden bis Ende 2013 fortgesetzt. Eine Wanderausstellung der FES zur Geschichte der SPD wurde insgesamt 21 Mal gebucht.

Die Historische Kommission der SPD Baden-Württemberg

Im Laufe von nunmehr fast 150 Jahren hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den politischen und sozialen Fortschritt maßgeblich vorangetrieben. Den totalitären Anfechtungen, die sich der von ihr so beharrlich erkämpften Demokratie entgegengestellt haben, hat sie wie keine andere politische Kraft getrotzt. Das Wissen um diese lange und stolze Vergangenheit ist stets ein wesentlicher Bestandteil unserer Parteidentität gewesen und soll es weiterhin bleiben. Die Erinnerung an das reiche historische Erbe der südwestdeutschen Sozialdemokratie sowie an das erfolgreiche Wirken ihrer Vertreterinnen und Vertreter in unserem Land wachzuhalten ist das Anliegen der Historischen Kommission.



Familiennachmittag in der Gemeinde Korb mit dem Zirkus Piccolo



Broschüre zur Geschichte der SPD im Südwesten Baden-Württembergs

Neben den turnusgemäßen öffentlichen Fachtagungen und Treffen der Lenkungsgruppe stand in den letzten zwei Jahren die Projektgruppe „Geschichte der Südwest-SPD“ im Vordergrund.

Es fanden zwölf Treffen der Autoren und Autorinnen der Publikation „Avantgarde und Volkspartei – Die Sozialdemokratie im deutschen Südwesten, von ihren Anfängen bis heute“ statt. Die Broschüre wurde von Dr. h.c. Gernot Erler MdB, dem Vorsitzenden der Kommission, am 2. März 2013 auf dem Landesparteitag in Heilbronn vorgestellt. Seit Anfang August ist die Publikation auch über das Internet einsehbar.

Dr. Hc. Gernot Erler MdB
Karl-Ulrich Templ
 Schatzmeister

5

Dokumentation

Mitgliederstand 2011–2013

Durchschnittsbeiträge 2011–2013

Terminkalender 2011–2013

MITGLIEDERSTAND 2011–2013

BEZIRK	MITGLIEDERSTAND		
	31.12.2011	31.12.2012	31.08.2013
SPD-Kreisverband Alb Donau	335	329	332
SPD-Kreisverband Biberach	374	358	349
SPD-Kreisverband Bodensee	595	581	561
SPD-Kreisverband Böblingen	1.133	1.118	1.100
SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald	918	920	895
SPD-Kreisverband Calw	405	391	373
SPD-Kreisverband Emmendingen	715	695	699
SPD-Kreisverband Enz-Kreis	703	692	684
SPD-Kreisverband Esslingen	1.710	1.661	1.628
SPD-Kreisverband Freiburg	947	942	934
SPD-Kreisverband Freudenstadt	280	273	264
SPD-Kreisverband Göppingen	736	713	695
SPD-Kreisverband Heidelberg	1.017	1.019	1.009
SPD-Kreisverband Heidenheim	487	464	450
SPD-Kreisverband Heilbronn Stadt	612	586	581
SPD-Kreisverband Heilbronn Land	1.277	1.226	1.217
SPD-Kreisverband Hohenlohe	203	205	197
SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt	1.290	1.267	1.245
SPD-Kreisverband Konstanz	896	868	872
SPD-Kreisverband Lörrach	966	951	932
SPD-Kreisverband Ludwigsburg	1.625	1.591	1.590

Mitgliederstand 2011–2013

BEZIRK	MITGLIEDERSTAND		
	31.12.2011	31.12.2012	31.08.2013
SPD-Kreisverband Main-Tauber	390	389	380
SPD-Kreisverband Mannheim	1.773	1.747	1.749
SPD-Kreisverband Neckar-Odenwald	942	911	898
SPD-Kreisverband Ortenau	1.299	1.266	1.242
SPD-Kreisverband Ostalb	921	941	916
SPD-Kreisverband Pforzheim	237	224	226
SPD-Kreisverband Rastatt/Baden-Baden	1.067	1.026	1.020
SPD-Kreisverband Ravensburg	563	549	533
SPD-Kreisverband Rems-Murr	1.262	1.232	1.206
SPD-Kreisverband Reutlingen	695	688	678
SPD-Kreisverband Rhein-Neckar	3.136	3.081	3.068
SPD-Kreisverband Rottweil	395	387	381
SPD-Kreisverband Schwäbisch Hall	542	539	521
SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar	591	562	549
SPD-Kreisverband Sigmaringen	209	193	189
SPD-Kreisverband Stuttgart	2.039	1.964	1.929
SPD-Kreisverband Tübingen	887	855	849
SPD-Kreisverband Tuttlingen	307	291	283
SPD-Kreisverband Ulm	344	337	338
SPD-Kreisverband Waldshut	528	511	509
SPD-Kreisverband Zollernalb	404	395	379
SPD-Landesverband Baden-Württemberg	37.663	36.795	36.271

DURCHSCHNITTSBEITRÄGE

2011–2013

KREISVERBAND	DURCHSCHNITTSBEITRAG in Euro			
	2011	2012	2013	Differenz 2012 zu 2013
Baden-Württemberg	9,22	9,60	9,96	0,36
Alb-Donau	7,93	8,37	8,65	0,28
Biberach	8,07	8,50	9,16	0,66
Bodensee	8,85	8,87	9,29	0,42
Böblingen	10,48	10,45	10,76	0,31
Breisgau-Hochschwarzwald	9,08	9,47	9,86	0,39
Calw	10,24	10,70	10,82	0,12
Emmendingen	9,01	9,15	9,51	0,36
Enzkreis	9,02	9,42	9,67	0,25
Esslingen	10,92	11,22	11,62	0,40
Freiburg	9,73	10,07	10,58	0,51
Freudenstadt	9,60	10,29	10,75	0,46
Göppingen	9,77	10,72	11,30	0,58
Heidelberg	10,00	9,48	9,75	0,27
Heidenheim	9,01	9,10	9,63	0,53
Heilbronn-Stadt	8,40	8,82	9,25	0,43
Heilbronn-Land	8,77	8,98	9,29	0,31
Hohenlohe	10,75	11,03	11,44	0,41
Karlsruhe-Stadt	9,55	9,88	10,56	0,68
Karlsruhe-Land	8,22	8,57	8,83	0,26
Konstanz	9,02	8,95	9,22	0,27
Lörrach	8,17	8,59	9,08	0,49

Durchschnittsbeiträge 2011-2013

	2011	2012	2013	Differenz 2012 zu 2013
Ludwigsburg	10,02	10,29	10,58	0,29
Main-Tauber	7,39	7,82	8,10	0,28
Mannheim	9,60	10,16	10,04	-0,12
Neckar-Odenwald	6,46	6,76	7,17	0,41
Ortenau	8,44	8,97	9,12	0,15
Ost-Alb	8,69	9,28	9,62	0,34
Pforzheim	10,63	11,10	11,46	0,36
Rastatt/Bad.-Baden	8,53	8,88	9,15	0,27
Ravensburg	7,85	8,08	8,19	0,11
Rems-Murr	10,41	10,67	11,21	0,54
Reutlingen	10,28	10,93	11,36	0,43
Rhein-Neckar	8,13	8,28	8,59	0,31
Rottweil	8,16	8,74	9,13	0,39
Schwäbisch Hall	11,69	12,77	13,34	0,57
Schwarzwald-Baar	8,02	8,29	8,69	0,40
Sigmaringen	7,83	8,44	8,68	0,24
Stuttgart	11,56	12,25	12,86	0,61
Tübingen	9,97	10,83	11,31	0,48
Tuttlingen	7,83	8,04	8,68	0,64
Ulm	11,28	11,90	11,90	0,00
Waldshut	8,18	8,68	9,09	0,41
Zollernalb	7,90	8,22	8,67	0,45

TERMINKALENDER

2011

Oktober

SA 22. ASF-Landesdelegiertenkonferenz,
Lorch

November

DI 8. Jusos, „20 Jahre Kontra“, Stuttgart
 FR 11. Polizeibeirat, Stuttgart
 SA 12. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 14. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 DI 15. AG-60plus-Landesvorstand,
Stuttgart
 FR 18. AfA-Landesvorstand, Böblingen
 SA 19. AfA-Landesdelegiertenkonferenz,
Böblingen
 SA 19. Juso Landesvorstand, Karlsruhe
 DI 22. Veranstaltung zur Parteireform mit
Andrea Nahles, Freiburg
 DO 24. Polizeibeirat mit Neuwahlen,
Stuttgart
 FR 25. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 25. Präsidium, Leinfelden-Echterdingen
 FR 25. Veranstaltung zur Parteireform
mit Sigmar Gabriel,
Leinfelden-Echterdingen
 SA 26. Kreisvorsitzendenkonferenz,
Landesvorstand, Stuttgart
 SO 27. Volksabstimmung zu Stuttgart 21
 MI 30. ASJ-Veranstaltung
„Stärkung der Unabhängigkeit der
Justiz durch mehr Mitbestimmung“,
Stuttgart

Dezember

MO 5. AfA-Landesvorstand, Stuttgart –
Telefonkonferenz
 DI 6. AG-60plus-Landesvorstand,
Stuttgart
 FR 9. Präsidium
 FR 9. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 17. Einweihung des neuen Regional-
zentrums in Freiburg

2012

Januar

SA/SO 14./15. Spitzentreffen, Bad Boll
 MI 18. Polizeibeirat, Stuttgart
 FR 20. ASJ-Veranstaltung „Sicherungs-
verwahrung“, Stuttgart
 FR 20. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 23. AfA-Landesvorstand, Stuttgart

SA 28. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 30. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 DI 31. SGK-Landesvorstand, Stuttgart

Februar

SA 11. Landesvorstand und
Landesvorstandsklausur, Stuttgart
 MI 22. Politischer Aschermittwoch,
Ludwigsburg
 SO 26. Treffen ASF Ba-Wü, Bayern und
Hessen, Aschaffenburg
 SO 27. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 SO 27. AGS-Landesvorstand, Stuttgart

März

FR-SO 16.–18. ASF-Klausurtagung,
Schwäbisch Hall
 FR 16. Präsidium
 SA 17. Landesvorstand mit Klausur,
Stuttgart
 MO 19. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 24. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 26. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 MI 28. AG-60plus-Frühjahrsempfang
mit Gesine Schwan, Stuttgart
 FR 30. AGS-Landesvorstand, Stuttgart

April

MO 16. ASF-Klausurtagung,
Schwäbisch Hall
 DI 17. Präsidium
 FR 20. Landesvorstand mit Klausur,
Stuttgart
 FR 20. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 20. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
 DI/MI 24./25. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 SA/SO 28./29. AG-60plus-Frühjahrsempfang

Mai

FR 4. ASF-Landesvorstand
mit Delegiertenbesprechung,
Stuttgart
 FR 4. ASG-Landesvorstand vor Ort,
Haslach (Kinzigtal)
 SA 5. Landesvorstand
 SA/SO 5./6. Juso-Landesdelegiertenkonferenz,
Heidenheim
 MI 9. Zentrale Veranstaltung
zu 1 Jahr Grün-Rot, Stuttgart
 SA 12. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 14. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 14. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 DI 15. AG-60plus-Landesvorstand,
Stuttgart

Terminkalender 2011–2013

Juni

- MO–SO 4.–10. **Praxiswochen** im Rahmen der Kampagne Wirtschaft
- MO 18. **AGS-Landesvorstand**, Stuttgart
- DI 19. **AG-60plus-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 23. **Jubiläumsveranstaltung** 60 Jahre SPD in Baden und Württemberg, Villingen-Schwenningen
- SA 23. **Landesvorstandssitzung**, Villingen-Schwenningen
- SA 23. **Treffen** der Jubiläumsbeauftragten der KV, Villingen-Schwenningen
- SA 23. **ASJ-Landesvorstand**, Stuttgart
- MO 25. **AfA-Landesvorstand**, Stuttgart
- FR/SA 29./30. **SGK-Seminar** für Mandatsträger, Oberderdingen

Juli

- MI 4. **AfA-Veranstaltung** „Stuttgart-Zukunft-Arbeit“ mit OB-Kandidatin Bettina Wilhelm, Stuttgart
- FR 6. **ASG-Landesvorstand**, Stuttgart
- MO–SO 9.–15. **Dezentrale Aktionswoche** zur Kampagne Wirtschaft
- FR 13. **Präsidium**
- FR 13. **Sondersitzung** des Landesvorstands zum Thema Landeshaushalt 2013/2014, Stuttgart
- SA 14. **SGK-Landesvorstand**, Stuttgart
- MO 16. **AGS-Landesvorstand**, Stuttgart
- DI 17. **AG-60plus-Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 20. **ASF-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 21. **Landesvorstand**

September

- MO–FR 3.–7. **Dezentrale Aktionswoche** zur Kampagne Wirtschaft
- FR 14. **ASF-Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 14. **Präsidium**
- MO 17. **AfA-Landesvorstand**, Stuttgart
- MO 17. **AGS-Landesvorstand**, Stuttgart
- DI 18. **AG 60plus Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 20. **ASG-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 22. **Landesvorstand**
- SA 22. **ASJ-Landesdelegiertenkonferenz**, Stuttgart
- SA 29. **Landesparteitag**, Wiesloch

Oktober

- SA 13. **SGK-Landesvorstand**, Stuttgart
- MO 15. **AfA-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA/SO 20./21. **„Wir-Kongress“** der Jusos, Karlsruhe
- FR 26. **Präsidium**
- SA 27. **AGS-Landeskonferenz**, Karlsruhe
- MO 29. **Sondersitzung** Landesvorstand zum Thema Rente, Stuttgart

November

- FR 2. **ASG-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 10. **Kreisvorsitzendenkonferenz**, Mannheim
- MO 12. **AfA-Landesvorstand**, Stuttgart
- DI 13. **60-plus-Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 16. **ASF-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 17. **ASG-Landesdelegiertenkonferenz**, Stuttgart
- SA 17. **ASJ-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 24. **SGK-Landesvorstand**, Stuttgart

Dezember

- MO 3. **AfA-Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 7. **Präsidium**
- FR 14. **ASF-Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 15. **Landesvorstand**, Stuttgart
- SA 15. **Workshop** Open Source und Open Data, Forum Netzpolitik, Stuttgart
- DI 18. **AG-60plus-Landesvorstand**, Stuttgart

2013

Januar

- SA/SO 25. **Präsidium**, Stuttgart
- MI 26. **Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 26. **Antragskommission**, Stuttgart
- MO 28. **AGS-Landesvorstand**, Stuttgart
- MO 28. **AfA-Landesvorstand**, Stuttgart

Februar

- FR 1. **ASF-Landesvorstand**, Stuttgart
- FR 8. **Präsidium**, Stuttgart
- MI 13. **Politischer Aschermittwoch** mit Manuela Schwesig, Ludwigsburg
- DO 14. **AG-60plus-Neujahrsempfang**, Schwäbisch Hall
- FR/SA 15./16. **ASF-Klausurtagung**, Bühl
- SA 16. **AfA-Landesvorstandsklausur**, Stuttgart
- SA 23. **Landesvorstand**, Stuttgart
- MO 24. **AGS-Landesvorstand**, Stuttgart
- MI 27. **Juso-Landesvorstand**, Stuttgart

Terminkalender 2011–2013

März

- FR 1. Gremiensitzungen für Landespartei- tag, Heilbronn
 SA 2. Landespartei- tag zur Listen- aufstellung, Heilbronn
 FR 5. AG-60plus-Landesvorstand und Pflegekonferenz, Mannheim
 FR 15. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 16. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 16. Landesvorstand, Stuttgart
 DO 21. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 22. SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Heilbronn
 FR 22. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 25. AG-Landesvorstand, Stuttgart

April

- DI 9. AG-60plus-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 12. Präsidium, Stuttgart
 MO 22. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 22. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 27. Wahlkampf- und Mobilisierungskonferenz, Filderstadt

Mai

- FR 3. Präsidium, Stuttgart
 FR 3. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
 SA/SO 4./5. ASJ-Klausurtagung, Reichenau
 DI 7. AG-60plus-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 13. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 17. ASG-Landesvorstand, Stuttgart

Juni

- SA 1. Netzwerk SelbstAktiv (konstituierende) Sitzung, Stuttgart
 FR 7. Mobilisierungskonferenz mit Andrea Nahles, Stuttgart
 SA 8. Landesvorstand, Stuttgart
 FR 14. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 17. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 17. Empfang für Betriebs- und Personalräte, Stuttgart
 FR 21. Präsidium, Stuttgart
 MO 24. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 SA/SO 29./30. Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Ludwigsburg

Juli

- DIE 2. AG-60plus-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 6. Landesvorstand, Stuttgart im Anschluss: Menschenkette gegen Rechts
 MO 8. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 19. Präsidium, Stuttgart
 SA 20. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
 MO 22. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 27. AG-60plus-Landesdelegiertenkonferenz, Tübingen
 SA 27. SGK-Landesvorstand

August

- MO 26. Schirmveranstaltung mit Peer Steinbrück, Esslingen
 FR 30. ASF-Landesvorstand, Stuttgart

September

- MO 2. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 6. Schirmveranstaltung mit Sigmar Gabriel, Freiburg
 FR 6. Landesvorstand, Karlsruhe
 DIE 10. Schirmveranstaltung mit Peer Steinbrück, Ulm
 FR 13. Schirmveranstaltung mit Klaus Wowereit, Heidelberg

- SO 22. **BUNDESTAGSWAHL**
 MO 23. Präsidium, Stuttgart
 MO 23. Landesvorstand, Stuttgart
 MO 23. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 MI 25. Antragskommission, Stuttgart
 DO 26. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
 DO 26. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 SA 28. Antragskommission, Stuttgart
 SA 28. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Oktober

- SA 5. Landesvorstand, Stuttgart
 DI 8. AG-60plus-Landesvorstand, Stuttgart
 FR 11. Präsidium, Stuttgart
 FR/SA 11./12. SGK-Landesvorstand Klausurtagung
 MO 14. AfA-Landesvorstand, Stuttgart

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Verantwortlich i. S. d. P.:

Marten Jennerjahn

Druck

Laserline
Scheringstraße 1
13355 Berlin

Konzeption und Umsetzung

IFK Berlin – Wir stärken Verbände!
Luisenstraße 41
10117 Berlin

Lektorat

Petra Thoms
Berlin



**SPD-Landesverband
Baden-Württemberg**

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon 0711 / 619 36-0
Telefax 0711 / 619 36-20

www.spd-bw.de
info@spd-bw.de